Nr. 172. 19. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 26. Juli 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Hohenzollern-Duelle.

Düsseldorf, 24. Juli. (Eig. Ber.)

In unsrer Ausstellungsstadt geschehen gegenwärtig die lustigsten Sachen. Tag für Tag sind dort Kongresse und Versammlungen staatserhaltender Herrschaften, und wenn dann in den verschiedenen Weinrestaurants ein paar Stunden pokuliert und parliert worden ist, dann geht die Kongreß-Bummelei los, hinein in die Sekthöhlen auf der Ausstellung, hinein in sonstige lex-Heinze-mäßige Institute, die zur Zeit in Düsseldorf goldene Wochen haben sollen. Doch nicht alle Kongresse verlaufen in der Düsselstadt so schiedlich friedlich; es giebt mitunter auch Duelle — eines derselben sei hier zu Nutz und Frommen aller Mitmenschen ein wenig näher geschildert.

Giebt es da eine sogenannte **„Gewerkschaft Hohenzollern,** Sitz Berlin, doch sicher eine äußerst ordnungsliebende Körperschaft, wie das der Name besagt. Diese „Gewerkschaft Hohenzollern" ist eins jener Institut des Ordnungsstaats, die da gebaut sind zum gründlichen Zusammenhalten von vielen blanken Goldfüchsen mit Hilfe und auf Kosten der billigen Arbeiterknochen. Die Herren „Gewerkschaftler" sind patentierte Ordnungsstützen, zumeist Besitzer von allen erdenklichen Werken, von Zechen und dergleichen; sie haben einen tüchtigen Geldsack, sich aber als „Gewerkschaft Hohenzollern" noch einmal organisiert, um auf diese Weise aus einem **Kali-Bergwerk,** dem sie gleichfalls den stolzen Namen **„Hohenzollern"** gegeben haben, noch einmal eine gehörige Portion Geld zusammenzuscharren.

Diese feinen Herrschaften kamen nun also am letzten Montag nach Düsseldorf; es waren ihrer 140—150 Mann, und sie hielten im vornehmsten Weinlokal der rheinischen Gartenstadt, im „Breidenbacher Hof", eine jener Versammlungen ab, die der preußische Polizist „Sitzungen" nennt und die nicht polizeilich überwacht zu werden brauchen. Drei Socialdemokraten, die ein Agitationskomitee bilden, sind ein „Verein", der „Versammlungen" abhält; 150 Kommerzienräte, welche von früh bis spät — so geschehen bei der „Hohenzollern" — tagen, welche dort debattieren und pokulieren, auf welche Weise sie die Arbeiter „am besten" ausbeuten können, das ist kein Verein und die tagen mitunter — wir werden das gleich sehen — in einer Weise, daß die Polizei gerade diese Versammlungen von den Polizisten überwachen lassen müßte.

Also die „Gewerkschaft Hohenzollern" kam nach Düsseldorf in den „Breidenbacher Hof". Von Montag früh 10 Uhr bis abends um 7 Uhr waren die feinen Herrschaften zusammen und es ging mitunter so stürmisch zu, daß man hätte glauben können, unter **Raufbolden** zu sein. Die vornehmen Ordnungsmenschen warfen sich die „Pfuirufe" an die parfümierten Schädel, daß es seine Art hatte und die **„Lumpen" und „Schufte" sollen ebenfalls durch den Saal geflogen sein.**

Zwei Parteien hat diese „Gewerkschaft Hohenzollern": die **Partei Dr. Sauer**-Berlin und die Partei **Kommerzienrat Karl Röchling**-Saarbrücken. Diese beiden Hohenzollern-Kampfhähne können einander nicht sehen; sie hatten es während ihres Aufenthaltes in Düsseldorf sogar vorgezogen, in zwei verschiedenen Hotels zu wohnen, Dr. Sauer im „Breidenbacher", Röchling im „Park-Hotel."

Ehe wir weitergehen, sei nun ein Artikelchen aus der „Kölnischen Zeitung" Nr. 566 vom 22. Juli 1902 (Dienstag, zweite Morgen-Ausgabe) zum Abdruck gebracht:

Gewerkschaft Hohenzollern in Berlin. Die gestern in Düsseldorf abgehaltene außerordentliche Gewerkenversammlung war von etwa 100 Gewerken besucht und dauerte mit kurzer Unterbrechung durch eine Mittagspause von vormittags 10 Uhr bis abends nach 6 Uhr. Ein zu Beginn der Verhandlungen von der Gruppe Röchling gestellter Antrag, den auf der Tagesordnung stehenden Antrag auf Widerruf der Bestellung des Grubenvorstandes vor den andern Verhandlungsgegenständen zu erledigen, wurde von dem Vorsitzenden zurückgewiesen und hiernach zunächst in die Berichterstattung der Prüfungskommission eingetreten. Die Mitglieder der letzteren erklärten unter Bezugnahme auf den von ihnen erstatteten Bericht, daß sie vollständig objektiv und frei von allen Einflüssen ihre Thätigkeit ausgeübt hätten. Zugleich wurden von Mitgliedern der Kommission und des Grubenvorstandes eine Reihe von Beschuldigungen, die von der Firma Gebr. Röchling in verschiedenen Rundschreiben gegen den Grubenvorstand erhoben worden waren, als haltlos zurückgewiesen. Dabei ergab sich, daß die Firma Gebr. Röchling sowohl in der Wahl ihrer Mittel, wie ihrer Gewährsmänner sich offenbar sehr stark vergriffen hat. Andrerseits arteten aber die von der Gegenseite ausgehenden Erwiderungen teilweise in **die wüstesten Schimpfereien** aus, so daß es mehrfach den Anschein gewann, als wolle es zu Thätlichkeiten kommen. Ein Beschluß wurde über den Bericht der Prüfungskommission nicht gefaßt. Ueber die Lage des Werkes wurde mitgeteilt, daß die Aufschlußarbeiten befriedigend vorangeschritten seien und daß man hoffe, sie in verhältnismäßig kurzer Zeit beenden zu können, so daß dann die hiermit zusammenhängenden Unkosten in Wegfall kommen. Das letzte Vierteljahr war infolge der hohen Unkosten und des zeitweise sehr geringfügigen Absatzes außerordentlich ungünstig. Der erzielte Ueberschuß betrug nur etwa 8000 bis 9000 Mark, doch seien die Aussichten für die Zukunft im allgemeinen als günstig zu bezeichnen. Eine längere Erörterung entspann sich über die Entlastung des Grubenvorstandes für das Jahr 1901, die aber schließlich einstimmig erteilt wurde. Ebenso wurde einstimmig die Verlegung des Sitzes der Gewerkschaft von Berlin nach Freden beschlossen. Der Antrag des Vorstandes, letzteren künftighin aus sieben statt aus fünf Mitgliedern bestehen zu lassen, wurde jedoch mit 586 gegen 310 Stimmen abgelehnt, wobei sich ergab, daß die Gruppe Röchling weitaus über die Mehrheit der Stimmen verfügte. Nachdem hierauf der bisherige Grubenvorstand sein Amt niedergelegt hatte, schlug die Partei Röchling zu Mitgliedern des neu zu wählenden Vorstandes die Herren Jores-Krefeld, Lüttich-Beuchte, Schmitz-Jérôme-Hannover, Kommerzienrat Röchling-Saarbrücken und Regierungsassessor Crone-Iserlohn vor. Von der gegnerischen Seite wurde jedoch namentlich gegen die Wahl des Herrn Schmitz-Jérôme heftigster Einspruch erhoben und an seiner Stelle Dr. Sauer, der bisherige Vorsitzende des Grubenvorstandes vorgeschlagen. In einer äußerst stürmischen Erörterung erklärte zwar Herr Schmitz-Jérôme, daß er zurücktrete, andrerseits lehnte es aber Kommerzienrat Röchling entschieden ab, mit einem der Gebrüder Sauer gleichzeitig im Grubenvorstand thätig zu sein. Dr. Sauer schloß daraufhin die Versammlung, so daß die Wahl eines neuen Grubenvorstandes unmöglich war. Nunmehr wird wohl die Bergbehörde die Einberufung einer neuen Gewerkenversammlung und die Neuwahl eines Grubenvorstandes zu veranlassen haben."

Ein einigermaßen ähnliches, wenn auch farbloses unlebendiges Porträt dieser interessanten „nichtpolitischen" Versammlung ist schon dieser Bericht der „Kölnischen Zeitung"; wir sind in der Lage, auf das Bild einige Lichter aufzusetzen. Die Partei Röchling erhob in der Versammlung nämlich gegen Herrn Dr. Sauer die schwersten Vorwürfe, die Herr Dr. Sauer mit einem Gegenhieb beantwortete, der an Schneidigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Dr. Sauer betonte, er habe Akten gegen Kommerzienrat Röchling, die zu verlesen er vorläufig im Interesse der Gewerkschaft unterlassen wolle. Aber sie seien so gravierender Natur, wie vielleicht nicht viele glauben würden. Sauer warf dann dem königlichen Kommerzienrat Röchling-Saarbrücken direkt vor, daß auf den Röchling-Werken **umfangreichste, sich auf 800 000 Mark beziffernde Frachthinterziehungen vorgekommen seien.** Röchling beantwortete dieses mit der Erklärung, er habe die Bahn nicht betrogen; die Fracht sei durch Nässe ꝛc. schwerer geworden, im übrigen aber habe er sich mit der Bahn auf 180 000 Mark Nachzahlung geeinigt. Die Partei Sauer beharrte jedoch bei ihren heftigsten Anklagen gegen Röchling, warf dem Herrn Kommerzienrat **den ärgsten Terrorismus gegenüber seinen Arbeitern vor, die, wenn sie Röchling politisch mißliebig geworden, rücksichtslos auf die Straße flögen, mit Weib und Kind dem Elend preisgegeben.**

Röchling, von dem Düsseldorfer Rechtsanwalt Cohen unterstützt, gab daraufhin mit gewissem Stolze zu, daß es sein Recht sei; ultramontane Arbeiter dulde er nicht. Im übrigen stehe er so makellos da, daß die Spitzen der Bergbehörde mit ihm Gastfreunde seien.

Aber die Versammelten waren durch diese Worte Röchlings nicht mehr zu gewinnen. Es entstand als Antwort auf die Röchlingsche Erklärung ein wahrer Höllenspektakel. Die vornehmen Herrschaften sprangen von ihren Stühlen auf, gestikulierten mit Händen und Beinen; man machte Miene, zu Weinflaschen und Stühlen zu greifen; Sektkübel ergossen ihren Inhalt auf den Boden, und indessen die an sich schon weingeröteten Köpfe ins Blaurote sich verfärbten, da überdröhnte die Stentorstimme Dr. Sauers, des Grubenvorstandes, das Tohuwabohu durch ein kräftiges Schluß der Versammlung — Verzeihung „Sitzung".

Aber damit war die Rauferei noch nicht zu Ende. Die Herrschaften bildeten nun verschiedene Gruppen; hier ging das duellieren nach allen Regeln der feinsten Kunst vor sich. Es fehlte nur noch, daß sie sich ineinander festbissen. Jedenfalls warfen sich die Herrschaften um Dinge an den Kopf, die zu erforschen nur die Staatsanwaltschaft fähig wäre, und die nach dem berühmten Kodex dieser Ordnungsmenschen zu einem ganzen Rattenkönig von Duellen führen müssen.

Indessen auch dieser Spektakel ging glücklich zu Ende. Die Kellner, welche schon seit Mittag nur äußerst wenig servieren durften, mußten die beiden letzten Stunden die interessante Versammlung ganz meiden. Die Behauptungen, welche die Ordnungsmenschen sich einander entgegenschleuderten, waren für Kellnerohren nicht geeignet. Doch wie der kommerzienrätliche Spektakel einen Umfang annahm, daß man eine Schlacht mit Stuhlbeinen fürchten mußte, da kamen die flinken Kellner wieder heran und die raufenden Hohenzollern verflüchtigten sich nun in den Trubel der Großstadt.

Aber auch jetzt war der Kampf noch nicht zu Ende. Die Parteien Sauer und Röchling hatten sich schon mit den verschiedensten Cirkularen traktiert, in denen sie die heftigsten Vorwürfe gegeneinander erhoben oder zu widerlegen versuchten. Nun aber ging man zu den Telegraphenbureaux und so sind z. B. allein im Haupttelegraphen-Amt an der Königs-Allee für über 100 M. Telegramme in alle Windrosen geschickt worden.

Vor dem Schreiber dieser Zeilen liegt ein ganzer Haufen der Cirkulare, nach deren genauer Durchstudierung vielleicht noch einiges Interessante mitgeteilt werden kann. Doch auch so dürften diese Zeilen schon ein Genrebildchen bieten, wie es in den Kreisen der Großausbeuter zugeht. Diese „Hohenzollern"-Duelle sind auch ein Zeichen der Zeit; wir Soci können als „Unparteiische" mit verschränkten Armen gegenüberstehen und staunend zusehen, mit welcher Weisheit und welchem Anstand die kapitalistische Welt regiert wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juli.

Das Kolonial-Amt als Arbeitgeber.

In Deutsch-Südwest-Afrika ist man schon seit längerer Zeit mit dem Bau einer Eisenbahn beschäftigt, und zwar wird diese Bahn auf Staatskosten und unter staatlicher Leitung fertiggestellt. Da sich ein solches Bauwerk nun nicht ausschließlich mit ungeübten Negern aufführen läßt, so sucht das Auswärtige Amt (Kolonial-Abteilung) die benötigten qualificierten Arbeiter wie Bauhandwerker, Metallarbeiter usw. aus Deutschland heranzuziehen. Es finden sich denn auch immer Leute, die teils aus Reiselust, teils in der Hoffnung auf ein ihnen in der Ferne winkendes Glück sich mehr oder minder leichten Herzens zu einer Fahrt nach unsren berühmten Kolonien entschließen. Bald nach ihrer Ankunft fühlen sich die meisten aber bitter enttäuscht. Sie erfahren dann am eignen Leibe — leider zu spät —, in welch unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis sie sich begeben haben, das zu lösen mit vielen Schwierigkeiten und empfindlichen Verlusten für sie verbunden ist.

Man erinnere sich der Briefe, in denen im vorigen Jahre die für das liebliche „Dreckneſt" Kiautschou angeworbenen Arbeiter der Staatswerften ihrer Enttäuschung Ausdruck gaben, und wie lebhaft sie über ihren Arbeitgeber, den Staat, und dessen ausführende Organe, die militärischen „Vorgesetzten", Klage führten. Ein ähnlicher Brief ist hier kürzlich bei der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes von einem beim Bahnbau in Deutsch-Südwest-Afrika beschäftigt gewesenen Maschinenschlosser eingegangen. In dem Schreiben heißt es folgendermaßen:

„Es wird dem Vorstand bekannt sein, daß das Auswärtige Amt (Kolonial-Abteilung) Arbeiter, meistens Maschinenschlosser, auf dreijährigen Kontrakt nach hier sendet. Der Kontrakt ist auf drei Jahre, einschließlich Hin- und Rückreise, pro Monat 120 M., freie Wohnung und Verpflegung, freie ärztliche Behandlung und Medizin, abgeschlossen. . . . Es ist außer den 120 M. Lohn die freie Verpflegung, welche wohl am meisten lockt, nach hier zu kommen; denn daß hier einfach **alles sehr, sehr teuer** ist, darauf macht der Arbeitgeber, das Auswärtige Amt, aber nicht aufmerksam, und doch wäre es nur recht und billig. Das Essen ist in fast allen Fällen sehr schlecht zubereitet und häufig **ungenießbar,** auch ist das Fleisch und sonstige Zuthaten nicht gut; jenes ist ungenügend und geschmacklos, letzteres meist hart, trocken und sehnig. Daher sind die meisten (wohl 90 Prozent) gezwungen, vom Lohn **noch extra Kost zu kaufen.** Na, und die Preise! Aus den Proviantmagazinen der Eisenbahn-Verwaltung können nur Offiziere und Beamte kaufen, uns, den Arbeitern, ist es nicht gestattet. Außerdem erhalten die Beamten pro Monat 100 Mark Teuerungszulage, also beinahe die Höhe unsres Lohnes. Die Verpflegung ist noch unter aller Kaserne, trotzdem den klimatischen Verhältnissen entsprechende Verpflegung zugesichert wurde. Zweimal pro Tag erhalten wir aus der Küche Essen, jeden vierten Tag ein Brot, alle 14 Tage 2 Pfund Schmalz oder Butter, doch ist letztere schon einmal vier Monate lang nicht geliefert, auch 90—95 Zuckerstückchen pro 14 Tage werden geliefert. Daß Schmalz in diesem Klima sehr unverträglich ist, hat mir auch der Bahnarzt Dr. Stephan in Karibil bestätigt und zwar im Beisein des ersten Proviantverwalters Eisenberger . . .

Es ist die feste Ansicht aller vernünftigen Arbeiter, daß, **wer hier sparen will, weniger hat und schlechter leben muß** als ein Handarbeiter mit Familie im „teuren" Vaterlande. — Die Leitung des Eisenbahnbaues liegt in den Händen des Majors Popbal, Lieutenants sind Chefs der Unter-Bauabteilungen, Unteroffiziere sind „Maschinen- und Werkmeister", alle von der Eisenbahn-Brigade abkommandiert . . . Der **„Kommando"-Leiter hat die Befugnis, Strafen bis zu 30 Mark** zu verhängen, da man die Arreststrafe doch wohl etwas zu gewagt hielt. Wundert mich übrigens. Ein Mechaniker Namens Burchhardt hat in einem Monat 110 Mark Strafe zahlen müssen, Maschinenschlosser Gronwald 45 M. in einem Monat, **weil die Betreffenden über „Urlaub" fortgeblieben sind!** Diese Liste könnte ich noch länger machen. Glaubt ein „Vorgesetzter" mit einem Arbeiter unzufrieden sein zu müssen, ganz gleich aus welcher Ursache, so meldet er den Betreffenden einfach der Kommandoleitung. Diese erläßt einen „Leitungsbefehl" an sämtliche Stationen, Werkstätten und sonstige Dienststellen, in dem gesagt wird, daß der Arbeiter X. zu so und so viel Mark Strafe verurteilt ist. Wer die Strafe zahlen muß, wird aber nicht vorher gefragt, ob die Beschuldigung des betreffenden Vorgesetzten auch eine wahre sei. Das ist hier überflüssig . . . Recht beim Richter zu suchen, wird abgeraten, kein Vertrauen vorhanden. Gewerbegericht giebt es hier nicht, also giebt es für uns nur den Weg in die Oeffentlichkeit . . . Hier kommt es auch vor, daß Handwerker diskret **überwacht** werden, da muß dann der Herr Unteroffizier jede Woche an die Kommandoleitung einen **Bericht einschicken.** Ja, so ein Unteroffizier ist hier nicht nur „Werkmeister", sondern auch **politische Polizei** . . ."

Der Briefschreiber weist noch darauf hin, daß wer etwa aus seinem Arbeitsverhältnis entlassen wird, unter Umständen seines Rechts auf freie Rückbeförderung verlustig gehen kann. Außerdem ermahnt er alle, die sich trotzdem noch nach der Kolonie anwerben lassen wollen, auf die kontraktliche Festsetzung eines Anfangslohnes von mindestens 150 M. monatlich zu dringen, weil sonst wenig oder gar nichts zu erübrigen sei und doch niemand Lust haben könne, sich in jenem Klima drei Jahre lang für nichts und wieder nichts abzuschinden.

Bekanntlich sind schon hier im Deutschen Reiche die Staatsbetriebe alles andre, nur keine Musterbetriebe, weil man die mangelhaft entlohnten Arbeiter dort nach jeder Richtung hin in ein regelrechtes militärisches Zwangsverhältnis hineinpressen will. Man denke beispielsweise nur an die Zustände auf den sogenannten kaiserlichen Werften zu Kiel, Wilhelmshafen und Danzig, sowie an die Staatswerkstätten in Spandau. In den Kolonien aber scheint man die dorthin gelockten Arbeiter vollends nach Sträflingsart behandeln zu wollen, anders wäre es unverständlich,

wie man sich anmaßen kann, freien Leuten einen bestimmten Abendurlaub aufzuzwingen und sie dann bei Ueberschreitungen desselben in völlig ungesetzlicher Weise mit exorbitanten Lohnabzügen zu „bestrafen". Jedenfalls wäre es sehr angebracht, wenn die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts ein erhöhtes Augenmerk auf diese, sie direkt angehenden, äußerst befremdlichen Arbeitsverhältnisse richten und für schleunige Abhilfe der in dem Briefe geschilderten Mißstände Sorge tragen würde.

Vom antiklerikalen Krieg.

Paris, 24. Juli. (Eig. Ber.) Der zweite Tag der Pariser Straßenkundgebungen unterscheidet sich von dem ersten zum Nachteil der Klerikal-Nationalisten. Die von den Socialisten und Radikalen veranstaltete Kundgebung hat einige Tausend Mann auf die Beine gebracht. Das für die Mönche und Nonnen „aufgestanden" sein sollende Paris hat dadurch ein großes und handgreifliches Loch bekommen. Die große Masse ist freilich der antiklerikalen Kundgebung ebenso fern geblieben, wie den klerikalen Protesten, aber in jener war sie durch echte Repräsentanten vertreten. Und schon vorher, am Nachmittag, wurden die klerikalen „Freiheits"-kämpfer unterwegs von Baugerüsten herab mit proletarischen Niederrufen begrüßt.

In der antiklerikalen Kundgebung überwog natürlich das socialistische Element. Die Straßen des Studentenviertels wiederhallten vom Gesang der „Internationale". Der von den Klerikalen „bespuckte" Ministerpräsident Combes wurde hier sozusagen auf den Schild erhoben. An der Spitze der Manifestanten schwebte eine Standarte mit der leuchtenden Inschrift: „Hoch Combes! Nieder mit der Calotte!" (Plattmütze für Klerisei.)

Die Polizei war nun so nachsichtig, diese Standarte nicht zu beschlagnahmen, aber sie entschädigte sich dafür durch die brutale Mißhandlung der den Regierungschef anhochenden Manifestanten. Präfekt Lépine hatte diesmal ganz andre Vorkehrungen getroffen als gegenüber den klerikalen Protestlern, unter dem Vorwand voraussichtlicher Zusammenstöße zwischen den beiden Lagern. Die nationalistische Presse höhnt mit begreiflichem Behagen über die von der Polizei mißhandelten Regierungsfreunde. Unverständlich ist dagegen die Bemerkung des Berichts der „Petite République", daß die polizeilich gestörte und brutalisierte Manifestation „mehr denn je ein Triumph der — Regierung" gewesen sei. Der unfreiwillige Humor davon ist, daß die Regierung einerseits in den Hochrufen ihrer Freunde und anderseits in den diese Freunde bearbeitenden Fäusten ihrer Polizei triumphiert hat.

Die „Ordnung auf der Straße" ist bekanntlich der Fetisch der französischen, wie jeder andren Bourgeoisie. Die soliderren Preßorgane der Bourgeoisie hatten denn auch schon aus diesem Grunde die klerikalen Heißsporne von der Straße abzuhalten gesucht. Jetzt aber finden sie nachträglich in den klerikalen Straßenprotesten ein wirksames Argument gegen die Durchführung des Vereinsgesetzes. Selbst der „Temps", das allersolideste Bourgeoisorgan, das sonst gegen die geringste Störung der lieben Ruhe sein schwerstes Geschütz auffährt, spürt auf einmal rebellische Gelüste. Er muntert förmlich in seiner diplomatischen Weise zu klerikalfreundlichen Straßenunruhen auf, um so die Regierung zur Kapitulation zu zwingen. Natürlich beschönigt er seinen Sprung ins Ungesetzliche durch die jesuitische Interpretationskunst des klerikalen Lagers, wonach die Regierung das Gesetz verletzt haben soll.

Wenn das am grünen Holze geschieht, so versteht es sich von selbst, daß die Kongregationen durch die klerikale Schilderhebung zum Widerstand gegen das Gesetz ermuntert werden. Ueberall, wo sie auf die Sympathie der Bevölkerung oder eines Teiles derselben rechnen können, weigern sie sich, ihre Schulen zu schließen. In einigen Fällen sind sie auf ihren Beschluß, dem Gesetze zu gehorchen, zurückgekommen. Namentlich in der Bretagne sind sie entschlossen, „der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen". Dort werden die Ordensschulen vielfach von der Bevölkerung bewacht, um Ueberrumpelungen seitens der Behörden unmöglich zu machen. In einem bretonischen Orte hat die fanatische Bevölkerung den weltlichen Schullehrer mit Nesseln durchgepeitscht. In einem andern Orte wurden dem weltlichen Schullehrer in der Nacht die Fenster eingeworfen. Die Steine flogen gerade ins Schlafzimmer des bereits schlafenden Lehrers ... „Hoch die Freiheit!" ...

Doch die Regierung wird, wie heute eine offiziöse Meldung versichert, in der Durchführung des Gesetzes beharren.

Das Interföderale Komitee der P. S. T. (Jaurèsisten) erläßt folgendes Manifest „an die Socialisten":

„Genossen! Zum erstenmal seit dem 80jährigen Bestehen der Republik ist eine Regierung entschlossen, das Gesetz gegenüber den Klerikalen und Reaktionären zur Geltung zu bringen. — Die socialistische Partei weiß, daß der religiöse Geist eine allmächtige Stütze der Herrschaft der Kapitalistenklasse ist, indem er die Unwissenheit und den Geist der Ergebenheit pflegt in der Gestalt eines niederdrückenden Dogmas und einer nichts vorsehenden Vorsehung. — Jede Maßnahme gegen den Fanatismus und die Tyrannei der Religionen erscheint unsrer Partei als ein Befreiungsanfang. — Wie die Socialisten in Longchamp (Juni 1899) die bedrohte republikanische Idee verteidigt haben, so sind sie auch bereit, mit aller Energie, das Werk der Gesundung der Republik zu fördern.

„Socialisten! Ihr werdet nicht dulden, daß unter Berufung auf die Freiheit zum Zwecke, den Obskurantismus dem Gehirn des Kindes aufzuzwingen, die schlimmsten Feinde der Freiheit, Grafen und Marquis der Reaktion und des Nationalismus, Barone und Schlemmer der Finanz, von neuem Paris mit ihren besoldeten Banden überschwemmen. Ihr werdet nicht dulden, die Parodie des Mitleids, gespielt von Priestern und Mönchen, die die Geschichte mit Unduldsamkeiten und Schlächtereien besäet haben, gespielt von sogen. hohen Damen, die ihre Reichtümer und Titel so oft im Blut von Streikenden und stets im Elend der Arbeiter zusammengerafft haben. — Da die Klerikalen zu Manifestationen und Straßenbewegungen greifen, so werdet Ihr mit ihnen und gegen sie auf die Straße herabsteigen. Ihr werdet dort die Rechte der Wissenschaft und der Vernunft acclamieren und, wenn es sein muß, rächen."

* * *

Paris, 25. Juli. (W. T. B.) Im heutigen Ministerrate unterzeichnete Präsident Loubet das erste Dekret, durch welches die **Schließung von kongreganistischen Niederlassungen** in Paris und im Seine-Departement verfügt wird. Durch dasselbe werden **26** Niederlassungen betroffen, welche, vor dem 1. Juli 1901 begründet, nicht um die erforderliche Genehmigung der Behörden eingekommen sind und sich geweigert haben, sich aufzulösen. Das Dekret wird morgen im Amtsblatt erscheinen und sofort in Kraft treten. Aehnliche Dekrete, welche sich auf solche Niederlassungen in den übrigen Departements beziehen, die nicht im Einklang mit dem Gesetz stehen, werden später nach Maßgabe der von den Präfekten eingehenden Berichte erlassen werden.

Als der Polizeikommissar des Quartier St. Ambroise heute vormittag feststellen wollte, ob die Schulschwestern einer Schule in der Rue St. Maur dem Gesetze Genüge geleistet haben, **verweigerten ihm die Schwestern den Eintritt.** Auch in einer Schule in der Rue des haies erklärten die Schwestern dem Polizeikommissar des Quartier Charonne, daß sie **bis zum äußersten Widerstand leisten würden.** Sonstige Kundgebungen sind nicht vorgekommen. —

Deutsches Reich.

Die Zuhälter des Zollwuchers. Wir haben es wohl kaum nötig, festzustellen, daß die „Post" im Gegensatz zur „Kreuz-Zeitung" zwar noch sehr viel Lorenzschen Schwindel über die Kautskyschen Broschüren bringt, aber sich sorgsam hütet, die Fälschungen durch Mitteilung der wirklichen Ausführungen einzugestehen. Es ist nicht hübsch von der „Post", daß sie ihre Inserenten betrügt, indem sie in Cirkularen auf ihre durch ständigen Abonnentenschwund charakterisierte „steigende Beliebtheit" hinweist. Es ist aber geradezu unverantwortlich, daß sie selbst ihre hochfeudalen Leser so schmählich anlügt, und es ist keine Entschuldigung, daß es der Leser nur gar wenige sind. Wir fühlen uns beinahe versucht, die verratenen Rechte dieser armen Grafen und Barone zu vertreten.

Im übrigen wird Max Lorenz langweilig; er wiederholt sich nur noch: „Dahin gehört ein Krieg, bei welchem die Socialdemokratie, wie Kautsky mit ungeschminkter Deutlichkeit empfiehlt, ihre Mitwirkung von den weitgehendsten Konzessionen abhängig machen oder, wenn sie nichts bewilligt erhält, Hochverrat üben soll, damit sie nach der Niederlage ihre Forderungen der geschwächten Bourgeoisie um so leichter abringen kann. Auch Liebknecht läßt sich hierbei als Stütze für Kautsky anführen" usw.

Nur an einer Stelle giebt er noch eine kräftigere Probe seiner Kunst, Citate zu fälschen. Er führt an:

> Die kommende Revolution ist nicht eine Empörung gegen die Regierung, sie wird „mehr den Charakter eines Kampfes des einen Teils des Volkes gegen den andren führen", sie wird weniger einer plötzlichen Erhebung „und mehr einem langandauernden Bürgerkriege gleichen".

Damit bricht er ab und überläßt es dem gruselnden Leser, sich die nötigen Dynamitattentate, Brandstiftungen und Meuchelmorde hinzuzudenken. Kautsky aber hatte bekanntlich den Satz dahin erläutert, daß der kommende Bürgerkrieg am ehesten den Reformationskämpfen gleichen dürfte. Die Reformation als Umsturz, Luther als Hochverräter, der Wittenberger Thesenanschlag als Vaterlandsverrat — das darf natürlich Max Lorenz den „Post"-Lesern nicht bieten. Prof. Delbrück aber mag sich vorsehen; er hat sich in seine „Preußischen Jahrbücher" einen gefährlichen Mitarbeiter hineingesetzt.

Selbst der reaktionären Presse ist dieses „Post"-Spiel zu dumm und widerwärtig. Das weiland Stumm-Blatt findet nur noch bei dem vom Dreschgrafen Pückler ausgehaltenen Organ Verständnis. Dem sind noch einer Base der „Post" die Gerüchte von den socialdemokratischen Schandthaten zu Kopfe gestiegen, und in diesem Zustand hat die „Neue Politische Korrespondenz" gleich ein ganzes Gesetz abortiert: „Verweigerung des Gehorsams oder Aufreizung dazu seitens Angehöriger der Armee, einschließlich des Landsturms, wird nach ausgesprochener Mobilmachung mit dem Tode bestraft".

Endlich hat noch die alldeutsche Zeitung des Dr. Friedrich Lange sich des Max Lorenz angenommen; aber sie übertrumpft ihn in einer Weise, daß unser Exgenosse vor Neid bersten muß. Die „Deutsche Zeitung" ahnt nämlich nicht nur für die Zukunft Hochverrat, sondern sie ist in der Lage, bereits für die Vergangenheit ein solches hochverräterische Stücklein der Socialdemokratie festzustellen. Mit Grabesstimme fragt sie:

> „Und wie war es denn in Hamburg bei den Zurüstungen für die Chinafahrten? Sollten die dort plötzlich angezettelten Streiks etwa ganz außer Zusammenhang mit der militärisch-politischen Lage gestanden haben? War das nicht schon eine kleine praktische Vorprobe zu dem, was Herr Kautsky in seiner Broschüre nur theoretisch angedeutet haben will?"

Ja, wie war es doch? Die Hamburger Werften waren bekanntlich deshalb nicht in der Lage, die benötigten Schiffe rechtzeitig in stand zu setzen, weil die patriotischen Unternehmer die Arbeiter **ausgesperrt** hatten; man behauptete damals, sie hätten sich darum künstlich der Arbeitskräfte beraubt, weil ihnen — überhäuft mit Aufträgen — daran lag, die Reparaturen der Chinaschiffe los zu werden. Der wirkliche Thatbestand kann der „Deutschen Zeitung" deshalb nicht in Vergessenheit geraten sein, weil der Entschädigungsprozeß, den die ausgesperrten Arbeiter gegen die Werftunternehmer angestrengt haben, erst neuerdings in letzter Instanz entschieden worden ist. Wenn die „Deutsche Zeitung" also nachträglich verlangen will, daß die Hamburger Unternehmer wegen — Hochverrats vor Gericht gestellt werden — wir haben nichts dagegen

---

Preußische Polizei als Büttel der russischen Reaktion?

Oberschlesische Blätter wissen schon wieder von der „Verhaftung eines Nihilisten" zu berichten, bei welchem Schriften nihilistischen und socialdemokratischen Inhalts beschlagnahmt wurden. Es handelt sich um einen Lemberger Studenten russischer Nationalität, der von der deutschen Steuerbehörde in Myslowitz angehalten und dem Gendarmen übergeben wurde. Wie der mit der Polizei in Beziehung stehende „Oberschl. Anzeiger" berichtet, sind die **russischen Behörden,** speciell die geheime Gendarmerie, **von der Verhaftung in Kenntnis gesetzt worden.** Die **verlangte Auslieferung** konnte nicht stattfinden, da der Verhaftete einen russischen Vollpaß besitzt und ihm ungehinderte Durchreise gestattet werden muß. Trotzdem wurde der Landrat von Kattowitz telegraphisch herbeigerufen, um zu untersuchen, ob die Auslieferung möglich ist!

Wir leben doch nicht in der Zeit der „heiligen Allianz"! Kein deutsches Gesetz verbietet es, daß in Deutschland ein Russe russische socialdemokratische Schriften bei sich führt. Auf Grund welchen Rechtes werden also diese Russen polizeilich belästigt oder gar verhaftet?

Nachrichten ähnlicher Art häufen sich neuerdings. Sind sie wahr, so wären diese Liebesdienste für Väterchen nur geeignet, den deutschen Namen in der ganzen civilisierten Welt verächtlich zu machen! —

„Patriotische Beklemmungen" haben wieder die Marinelieferanten. Ihre Presse fordert neue Kanonenboote. Jedes Boot kostet ja „nur" 1 600 000 M. So wird das Bedürfnis nach neuen Aufträgen — mit dem Schutz des Vaterlandes verdeckt. —

Den socialdemokratischen Ursprung der Sensationsmeldungen aus der Zolltarif-Kommission behauptet die „Post". Der übliche „Post"-Schwindel! Der „Vorwärts" hat über die Rede des Grafen Posadowsky, wie in der Kommission allseitig, auch vom Staatssekretär selbst, zugegeben wurde, völlig korrekt berichtet. Die tendenziösen Zuspitzungen waren in der „Deutschen Tageszeitung" zu lesen. Sie stammen unsres Wissens von derselben Korrespondenz Both, die jüngst auch die falschen Nachrichten über die Aenderung der Geschäftsordnung verbreitet hat. Die Quelle dieser Phantasien ist aber weder direkt noch indirekt irgend ein socialdemokratisches Mitglied der Kommission, auch kein Mitglied der socialdemokratischen Fraktion.

Der Nährvater der Bothschen Phantasiegebilde ist vielmehr, sofern wir recht unterrichtet sind, der — antisemitische Agrarier Dr. Böckel. Der Mann war zwar in seinen jungen Jahren socialdemokratisch angehaucht, deswegen kann man doch heute seine Berichte nicht mehr als „socialdemokratischen Ursprungs" bezeichnen. —

Freisinnige Strategie. Als die Zolltarifvorlage von der Regierung eingebracht wurde, verkündete die freisinnige Presse, die freisinnige Partei werde der Vorlage auf Schritt und Tritt Widerstand entgegensetzen, und thatsächlich handelten bei den ersten Beratungen in der Kommission die freisinnigen Kommissionsmitglieder auch dieser Ankündigung entsprechend. Bekanntlich hat in letzter Zeit die freisinnige Partei ihre Taktik gewechselt und gefällt sich jetzt darin, über die unnütze „Obstruktion" der socialdemokratischen Partei und deren Zollanträge in der Tarifkommission schmerzlich zu lamentieren. Bisher war die Ursache dieser Schwenkung nicht deutlich ersichtlich; doch jetzt hat, in ihrer Zuversicht durch das neuliche Auftreten des Staatssekretärs v. Posadowsky bestärkt, die „Vossische Zeitung" endlich die kuriosen Gründe für den Wechsel der freisinnigen Zolltaktik aufgedeckt.

Die freisinnige Leitung nimmt nämlich als ganz sicher an, daß der Zolltarif scheitern wird, und zwar nicht an der Opposition der mehr oder minder freihändlerischen Parteien, sondern infolge seiner eignen inneren Widersprüche und des Gegensatzes zwischen den Agrariern und Großindustriellen, auch wenn die Opposition nicht den Mund aufthut. Sei dies aber richtig, dann müßten die freisinnigen Parteien vermeiden, daß sich, wie z. B. 1881 beim ersten Entwurf des Unfallversicherungs-Gesetzes, der Mythus bilde, die Vorlage sei an dem verderblichen Widerstand des Freisinns gescheitert; vielmehr müsse klargestellt werden, daß der Tarif allein an seiner inneren Unmöglichkeit verende.

Die Ausführungen bestätigen nur, was uns seit geraumer Zeit mehr und mehr zur Gewißheit geworden ist. Die freisinnige Partei ist sich des spärlichen Häufleins ihrer Wählerschaft nicht sicher. Sie fürchtet, daß der Teil der Kleinindustriellen und Handwerker, der bisher für sie stimmte, sich von ihr bei den nächsten Wahlen mit dem Vorhalten abwenden könnte, sie hätte durch ihre Obstruktion mit dazu beigetragen, daß die Tarifvorlage zu Fall gekommen sei. Diese Gefahr möchte die freisinnige Partei von sich abwenden, deshalb soll deutlich gezeigt werden, die Vorlage scheitere an der ihr von der Regierung gegebenen Fassung. Wie manche Menschen ewig große Kinder bleiben, so auch manche Parteien.

Wenn die Socialdemokratie nicht wachen würde, so würde sich der Freisinn durch seine Taktik mit der Schuld belasten, daß der Wuchertarif zu stande käme. Denn die Wucherparteien sind trotz aller gegenseitigen Rempeleien längst einig, die Beute in Sicherheit zu bringen! —

Mit dem „Kartell der Linken" hat sich nun auch eine Berliner Versammlung des Vereins Waldeck beschäftigt. Wir verstehen nicht, was die Leutchen von uns wollen. Wenn sie ihre Anhänger überreden wollen, daß sie künftig nicht mehr Wahlkreise an die Agrarier ausliefern, sondern in der Stichwahl für den Socialdemokraten stimmen — schön! Das ist eine Sache, die die Freisinnigen unter sich ausmachen können. Wir haben bisher die Taktik eines solchen Stichwahl-Kartells ohne besondere Abmachung und großes Brimborium befolgt. Wir bedürfen also keiner Belehrung! —

Ein Märtyrer des Simplicissimus. Aus Kiel, 24. Juli, wird uns geschrieben: Der Feldzug der Kieler Professoren gegen den Simplicissimus, über den fast die gesamte deutsche Presse spottete, hat seinen Abschluß in der disciplinarischen Verurteilung eines Studenten gefunden. Unser Kieler Parteiblatt hatte nämlich über die Angelegenheit einen ausführlichen Artikel veröffentlicht, dessen Autorschaft dem betreffenden Studenten zur Last gelegt wurde. Obwohl der junge Mann freiwillig und freimütig zugestand, und ihm auch geglaubt wurde, daß er bloß den ersten, auch äußerlich als selbständig gekennzeichneten Teil des Artikels, der über die auch im „Vorwärts" mitgeteilten Vorgänge in der Generalversammlung der studentischen Lesehalle handelte, verfaßt hatte, wurde in dieser Veröffentlichung ein Verstoß gegen die studentische Disciplin und eine Beleidigung der Professorenschaft erblickt, wobei die Veröffentlichung in einem socialdemokratischen Blatte als erschwerender Umstand in Betracht gezogen wurde. In der disciplinarischen Verhandlung, die gestern abend vor dem Senat der Universität stattfand, wurde der Angeschuldigte zu sechs Tagen Carcer verurteilt und ihm das consilium abeundi erteilt, d. h. seine Entfernung von der Kieler Universität ausgesprochen; das laufende Semester soll ihm in seinem Studiengang nicht angerechnet werden. Vorher war er noch gelegentlich seiner Verteidigung wegen Ungebühr zu einer sofort zu verbüßenden Carcerstrafe von 24 Stunden verurteilt worden, weil er die Wendung gebraucht hatte: „Meine Herren, in Wirklichkeit bin nicht ich, sondern sind Sie die Angeklagten, die sie die Freiheit der Meinung an der Universität unterdrücken". Der Verurteilte hat Berufung beim Minister eingelegt.

Die Kasernierung der Universitäten macht, wie man sieht, gewaltige Fortschritte. Die Kieler Professoren fühlen sich bereits als Militärs, die ihre Studenten bestrafen, wenn sie socialdemokratischen Blättern Mitteilungen zukommen lassen. Bisher enthält zwar kein Universitätsstatut jenen Armeebefehl, der den Soldaten jedwede Beziehung zur Socialdemokratie verbietet, aber die strebsamen Professoren bringen diesen militärischen Geist auch ohne und gegen die Statuten zur Geltung, und kümmern sich auch nicht um das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung, auf das die Professoren ja freiwillig verzichten können, daß aber den Studenten nicht gewaltsam geraubt werden darf. Immerhin, wenn sich die Universitäten schon militarisieren, so sollte man konsequenterweise statt der teuren Professoren die viel billigeren Unteroffiziere und Feldwebel als Lehrer der akademischen Jugend anstellen; für das Bildungsbedürfnis der Corps würden sie sicher mehr als genügen. —

Socialpolitische Herrenhäusler. München, 24. Juli. (Eig. Ber.) Vor einigen Wochen machte Graf Toerring-Jettenbach, der Schwiegersohn des Herzogs Karl Theodor, in einer öffentlichen Sitzung der Reichsratskammer der Abgeordnetenkammer den Vorwurf, sie sei viel reaktionärer als das Oberhaus. Darüber ist man unten nun sehr verschnupft. Aber leider ist es Thatsache, daß es Abgeordnete giebt, die z. B. in socialpolitischer Hinsicht von dem gräflichen Reichsrat immerhin noch einiges lernen können. Vor einigen Tagen wurde im Ausschuß der Reichsräte der Etat der Staatsbergwerke behandelt, über den Graf Toerring das Referat erstattete. In dem offiziellen Protokoll hierüber finden wir nun folgenden Passus:

> „Der Herr Referent bespricht sodann unter teilweiser Bezugnahme auf die einschlägigen Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten das seitens einzelner Werke gegenüber den nach dem Berggesetze neu ins Leben getretenen Arbeiterausschüssen eingeschlagene Verhalten mit dem Bemerken, daß dieses Verhalten (der Regierung nämlich), wie die Verhältnisse gezeigt hätten, als ein richtiges nicht zu bezeichnen gewesen wäre, ist **erfreut, daß es gelungen sei, eine gewisse Organisation der Arbeiterschaft zu stande zu bringen, da mit einer organisierten Arbeiterschaft besser zu verhandeln sei als mit einer unorganisierten,** und bittet die königliche Staatsregierung, **möglichst wenig Einfluß** auf die Arbeiterausschüsse gewinnen zu wollen, dieselben vielmehr ganz selbständig handeln zu lassen."

Der Finanzminister redete sich kleinlaut darauf hinaus, die Vorfälle im Staatswerk Peissenberg, die zu der für die Regierung so blamablen Auseinandersetzung mit den Socialdemokraten in der Abgeordnetenkammer führten, seien entstanden aus einer mißverständlichen Auslegung des bayrischen Berggesetzes. Es werde jetzt den Arbeitern „möglichste Freiheit" gewährt und das Koalitionsrecht solle in keiner Weise angetastet werden.

Das Unfugsprivileg der „Gebildeten". Aus Baden wird uns geschrieben: Alt-Heidelberg ist bekanntlich eine jener deutschen Universitätsstädte, in denen sich der Uebermut des „besseren", d. h. vom väterlichen Geldbeutel besonders gut versorgten Studentums am üppigsten austoben kann. Der Heidelberger Spießer sieht in jedem Studierenden ein Objekt, das „Geld in die Stadt bringt". Alles, was geeignet ist, dem Besuch der Hochschule zu schaden, findet in ihm von vornherein einen erbitterten Gegner. So nimmt

man als „harmlosen Studentenulk" Dinge ruhig in den Kauf, die, etwa von Arbeitern verübt, die höchste sittliche Entrüstung des Spießbürgertums wecken würden. Diesem Einfluß können sich auch die Behörden nicht entziehen und man trifft deswegen in Heidelberg, besonders bei den Organen der Polizei, den Ausschreitungen der studentischen Jugend gegenüber eine seltsame Nachsicht und Milde der Beurteilung an. Heute liegen wieder zwei Fälle vor, aus denen ersichtlich ist, welche Achtung vor der Autorität der strafenden Justiz den künftigen Stützen des Ordnungsstaates innewohnt. Im „freisinnigen" „Heidelberger Tageblatt" ist zu lesen:

„Fröhliches Studentenleben pulsiert noch in Heidelberg und wird vom größeren Teil der Bevölkerung auch als solches aufgenommen und beurteilt. Das bewiesen gestern wieder zwei Vorgänge, die von einer vielköpfigen Zuschauermenge herzlich belacht wurden. Morgens gegen 8 Uhr begleitete eine Studentenverbindung einen zu einer Karzerstrafe verurteilten Kommilitonen nach dem „fidelen Gefängnis". Der Delinquent befand sich, mit schweren rostigen Ketten gefesselt, auf einen zweirädrigen, mit einem Pferde bespannten Karren und wurde am Thore des berühmten Studentengefängnisses zur Verbüßung seiner Strafe abgeliefert. — Am nachmittag brachten Mitglieder einer andren Verbindung dreien ihrer Kommilitonen, die auf einige Tage in den Karzer wanderten, ein fröhliches, etwas glänzenderes Komitat. Eröffnet wurde dasselbe durch 2 Herolde, denen **ein Trompetercorps auf einem Leiterwagen** folgte. Die Karzerkandidaten waren in einem **großen, von Kühen gezogenen Käfig** untergebracht. Der **Henker in rotem Gewande** hielt Wache davor, und jammernd umstanden ihn drei „zarte Mägdelein." In einer aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Kalesche wurden die Betten und sonstigen Requisiten der „Verbrecher" mitgeführt, während die Aktiven **unter Singen** das Ganze durch die Anlagen und Hauptstraße an seinen Bestimmungsort eskortierten."

Daß die Polizeibehörde derartige öffentliche Aufzüge, die gesetzesgemäß der polizeilichen Erlaubnis bedürfen, in Heidelberg ruhig gewähren läßt, während sie in der kaum 20 Kilometer entfernten Arbeiterstadt Mannheim erst bei der letzten Maifeier noch die Gewerkschaftsleiter in Strafe nahm, weil die Teilnehmer an der Versammlung der Feiernden sich von hier in aller Ruhe gemeinschaftlich nach dem Gewerkschaftshaus begeben hatten, ist für die Zustände in unsrem „Rechtsstaate" schon bezeichnend genug. Wir möchten aber erst einmal sehen, wie man mit Arbeitern umspringen würde, die sich erlaubten, eine über sie verhängte Freiheitsstrafe unter Teilnahme ihrer Kollegen mit einer derartigen frechen Verhöhnung des Gesetzes und seiner Vollstrecker anzutreten! Der Strafparagraph vom „groben Unfug" ist eben nur für den „Pöbel" da, der grobe Unfug selbst aber ist ein Privileg der „Gebildeten"! —

Vom badischen Klostersturm.

Man schreibt uns aus Baden: Wie vorauszusehen war, beginnt das Centrum aus der „Klostersürmerei" der Nationalliberalen bereits kräftig Kapital zu schlagen. Während die nationalliberalen Führer im Lande herumreisen, um Protestversammlungen gegen die Zulassung der Männerklöster abzuhalten, suchen die Klerikalen durch allerlei alarmierende Artikel ihrer Parteipresse und durch Sprengungsversuche in den gegnerischen Versammlungen „das katholische Volk" für „seinen Glauben" unter die Waffen zu rufen. Bereits jetzt, also noch in den ersten Anfängen der Bewegung, ist die Hitze des „neuen Kulturkampfes" zu einem Grade gestiegen, der an die Zeiten der höchstgehenden Wogen der Bismarckschen Romstürmerei erinnert. Für die Tonart, in der Liberale und Centrum im Klosterstreit mit einander zu reden pflegen, in folgendem ein kleines Beispiel:

Der „Ober-Klostersürmer" Professor Böhtlingk in Karlsruhe hatte in einer Polemik gegen die katholische Presse kürzlich den Geist des Kulturkämpfers Bismarck citiert, der den Attentäter Kullmann von Anno 74 dem Centrum an die Rockschöße zu hängen versuchte, und hatte dabei gemeint: „Das Pfui, welches Graf Ballestrem damals von den Bänken des Reichstags aus, dem er nunmehr selbst präsidiert, dem Fürsten Reichskanzler zuschrie, hat die geistige Vaterschaft dieses Gezüchtes fanatisch römisch-undeutscher Volksverhetzung vollends besiegelt". Darauf erwidert dem Herrn Professor jetzt ein vielgelesenes badisches Centrumsblättchen, der in Ettlingen, vor den Thoren der Residenz, erscheinende „Badische Landsmann":

„Der Ausruf Pfui! ist allerdings nicht parlamentarisch; es giebt aber Momente im Menschenleben, wo er sich auch der edelsten Natur und dem sanftesten Gemüt mit elementarer Gewalt aufdrängt, und Herr Böhtlingk versteht es, solche Momente zu schaffen. **Pfui, ja dreimal Pfui Teufel** einem solchen Verhalten, das mit der Ehre und **mit den heiligsten Empfindungen weiter Volkskreise umgeht wie mit dem Bestand eines Lumpenhändlers,** und Männer, die an Ehrenhaftigkeit und staatsbürgerlichem Rechte einem Böhtlingk jedenfalls gleichstehen, behandelt wie eine **Bande von Zuchthäuslern** oder **Landsbuben,** und zwar bloß deshalb, weil sie für ihre Ueberzeugung eintreten, wie Böhtlingk für die seinige, nur in etwas geschmackvollerer Form, so daß für das objektive Auge leicht zu unterscheiden ist, auf welcher Seite das „fanatische Gezücht" undeutscher Volksverhetzung steht, ob auf der Seite des badischen katholischen Volkes, das seit Jahren in legaler und loyaler Weise für das Klosterrecht der Kirche eingetreten ist, oder auf der Seite der zum Teil fremdländischen Klostersürmer, die mitten im Frieden eine wüste Kulturkämpferei inszenierten, das katholische Volk beleidigen und die Regierung ins Bockshorn zu jagen suchen!"

Ein ergötzliches Bild bieten zur Zeit die badischen Konservativen mit ihrer Stellung zur Klosterfrage. Während der einzige konservative Landtagsabgeordnete Frhr. v. Stockhorn in der Zweiten Kammer für den Klosterantrag des Centrums gestimmt hat, kommt die direkt entgegengesetzte Auffassung in einem Artikel des konservativen Landesorgans, der „Bad. Post", zum Ausdruck, dessen Verfasser ein einflußreiches Mitglied der konservativen Partei, Frhr. v. Göler, ist. In demselben wird erklärt, Frhr. v. Stockhorn stehe mit seiner klosterfreundlichen Ansicht in der Partei allein, und die abwartende Haltung der letzteren wird dann in folgender Weise begründet: „Auf konservativer Seite wird noch vielfach daran festgehalten, es werde sich im badischen Lande doch kein Kultusminister finden, der es wagen würde, dem Verlangen des Centrums in dieser Frage nachzugeben und damit einen neuen Kulturkampf heraufzubeschwören, gegen den der Kulturkampf der 70er Jahre wie ein Kinderspiel erscheinen würde. Man irre sich nicht in der Stimmung des Volkes!" —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Der Ausgleich. Unter dem Vorsitz des Kaisers fand in Ischl eine Besprechung der Minister Graf Goluchowski, v. Koerber und v. Szell statt, bei welcher die beiden Ministerpräsidenten dem Kaiser über den gegenwärtigen Stand der Ausgleichsverhandlungen Bericht erstatteten. —

Belgien.

Die Rache. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Brüssel: Volkaert, der nach Frankreich entflohene Chef der jungen socialistischen Garden, der an den Unruhen beteiligt war, wurde wegen offener Rebellion zu **1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt.**

Italien.

Die Kommunal- und Provinzialwahlen in Mailand brachten den Socialisten einen entschiedenen Sieg. Unter den 33 Kandidaten, welche die vereinigten Volksparteien aufgestellt, befinden sich zehn Socialisten, die vereinigten Klerikal-Moderierten blieben in der Minderheit. Die Liste der Volksparteien siegte mit einer Majorität von 6000 Stimmen. — Auch bei den Provinzialwahlen erhielten die Socialdemokraten bemerkenswerte Erfolge, auch hier gingen die Volksparteien (Socialisten, Radikale und Republikaner) zusammen. Von den Kandidaten der Volksparteien wurden nur 3 geschlagen; die 4 socialistischen Kandidaten wurden sämtlich mit einer großen Stimmenmehrheit gewählt. Während bei diesen Wahlen die Moderierten und Klerikalen auf ihre Listen im Durchschnitt 8000 Stimmen vereinigten, kamen auf die der Volksparteien 13 500. —

Asien.

Zollreform in China. Der Pekinger Korrespondent der „Times" verzeichnet die Zustimmung der chinesischen Regierung zu einem von England vorgeschlagenen Reformplan, der **Abschaffung der Likinzölle** (der Zölle zwischen den chinesischen Provinzen untereinander) auf alle einheimischen und importierten Waren im ganzen chinesischen Reichsgebiet. Der von Sir James Mackay ausgehende Vorschlag wurde in einer gemeinsamen Denkschrift Shengs und der beiden Yangtse-Vicekönige der kaiserlichen Regierung unterbreitet und erhielt deren Sanktion am vergangenen Montag. Von chinesischer Seite wird gewünscht, daß die neue Maßnahme in den Handelsvertrag mit England aufgenommen werde, über den gegenwärtig Verhandlungen schweben. Gleichzeitig sollen die alten anerkannten Binnenzölle codificiert und der Kontrolle des General-Zolldirektors Sir Robert Hart unterstellt werden.

Als Gegenleistung für diese Konzessionen soll China eine Erhöhung der Zölle auf den auswärtigen Handel gestattet werden.

---

91. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 25. Juli.

An Stelle Horns ist Bernstein in die Kommission eingetreten.

Der Abschnitt Silber, Positionen 772 bis 776, wird zusammengefaßt beraten. Feinsilber, roh, 772, ist zollfrei; die Vorlage verzollt legiertes Silber, 773, mit 100 M.; Silberdraht, 774, rund, 100 M.; geglättet oder geformt, 200 M.; vergoldet, 250 M.; Silbergespinst, 775, wenn der Kern aus Seide besteht, mit 800 M.; aus andren Spinnstoffen 250 M.; Waren aus Silber, 776, mit 600 M.

Gothein beantragt einige Textänderungen und Zollherabsetzungen.

Die **Socialdemokraten** beantragen **Zollfreiheit.**

Hoch tritt für die letzteren Anträge ein und schildert die Lage der Arbeiter in der Edelmetallindustrie; besonders in Pforzheim würden die Arbeiter hart ausgebeutet, wie es längst durch den verdienstvollen Fabrikinspektor Wörrishoffer bestätigt sei. Der Durchschnittslohn betrage ca. 1000 M., obgleich die Arbeit der Edelmetallarbeiter eine qualifizierte sei. Der Fabrikinspektor des Pforzheimer Bezirks habe Angaben über Arbeiterverhältnisse gemacht, die mit der Wahrheit in Widerspruch stünden. (Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck.) Redner fährt fort, er beabsichtige, die Arbeiterverhältnisse hier klarzulegen und damit den Beweis zu liefern, daß ein Zoll die Lage der Arbeiter nicht verbessere, wenn auch gesagt werde, die nationale Arbeit solle durch den Zoll geschützt werden. Weitere Ausführungen des Redners behandeln die Vernachlässigung der gesetzlichen Aufsicht zum Nachteil der Arbeiter. (Der Vorsitzende unterbricht den Redner und ersucht ihn, diese Ausführungen abzukürzen.) Hoch erwidert, er spreche zur Sache und müsse die Arbeiterverhältnisse erörtern. Könnte er zu der Ansicht gelangen, daß der Zoll die Lage der Arbeiter verbessern würde, dann würde er dafür stimmen. Die schlechten Arbeiterverhältnisse in der Hanauer, überhaupt der Edelmetallindustrie bewirkten es, daß die Arbeiter außer Landes gingen und in der ganzen Welt verstreut sind. Man verbessere die Arbeiterverhältnisse, schränke die Ausbeutung der Arbeiter ein, das werde helfen, der Zoll nicht. Die Industrie sei nach technischer und künstlerischer Seite so entwickelt, daß auch vernünftige Fabrikanten Zollbestrebungen abweisen. Die Beschränkung des Exports, wie sie z. B. die Agrarier wollen, wäre der Industrie schädlich, sie verlangen dagegen günstige Ausfuhrbestimmungen. Redner hebt dann hervor, daß die Beschlüsse der Kommission die ausbeuterische Kartellwirtschaft fördern und wird deshalb vom Vorsitzenden wieder unterbrochen und gerügt. Hoch verwahrt sich energisch gegen die Unterbrechungen, sowie die Unterschiebung, die ihm der Vorsitzende gemacht habe. Er, Redner, habe nicht gesagt, daß diese Beschlüsse „wider besseres Wissen" gefaßt worden seien. Die weiteren Ausführungen des Redners gelangen zu dem Schluß, daß die Zollfreiheit der Industrie diene, der Zoll sie schädige.

Graf **Posadowsky** erwiderte, daß das führende Ressort in Zollsachen das Auswärtige Amt sei. Um günstige Ausfuhrbedingungen zu erlangen, dürfe man nicht mit leeren Händen kommen, es müsse also eine gewisse Zollabgrenzung stattfinden. Das Reichsamt des Innern sei nicht verantwortlich für die Fabrikinspektion der Einzelstaaten, die Fabrikinspektoren seien Landesbeamte. Die schlechten Arbeiterverhältnisse, speciell die Zunahme der Schwindsucht, seien bekannt. Wenn in einem Bezirk gewisse Verhältnisse bestehen und sich bemerkbar machen, müsse der Beamte sie kennen; freilich gebe es fähige und unfähige Beamte.

Stadthagen erhebt geschäftsordnungsmäßig Beschwerde gegen die Unterbrechungen des Vorsitzenden. Derjenige verstoße doch nicht gegen die Geschäftsordnung oder sei ein Ruhestörer, der die Decke von der schlummernden Wahrheit ziehe und die Wahrheit aufdecke. Die Wahrheit sei, daß die äußerst schädliche Wirtschaft der Syndikate, Ringe, Kartelle ꝛc. durch die Beschlüsse der Kommission gefördert werde; das habe Hoch gesagt.

Geheimrat **Roetz** polemisiert gegen **Hoch,** der darauf erwidert.

Graf **Posadowsky** bemerkt Hoch, daß derselbe seine vorher gemachten Ausführungen eingeschränkt habe. Aehnlich, wie es im Drama heiße: Geben Sie Gedankenfreiheit! sage die Socialdemokratie: Gebt Zollfreiheit! Aber die erstere Forderung habe blühendes Leben erzeugen wollen, die letztere Forderung bewirke das nicht.

Gothein bemerkt, die Erhöhung der Zölle schade mehr, als je der Freihandel schaden könnte.

Stadthagen erwidert: Der Vorwurf, daß die Socialdemokraten bei beinahe jedem Gegenstand Zollfreiheit beantrage, ist unberechtigt. Abgesehen davon, daß zur Begründung der Zollfreiheit ja stets auf die eigenartige Lage der einzelnen Industrien, insbesondere auf die Ein- und Ausfuhr, die Produktions- und Arbeitsverhältnisse exemplificiert werde, rechtfertige sich der Antrag auf Zollfreiheit, um blühendes Leben für Deutschland zu bringen, vom grundsätzlichen Standpunkt aus. Um zu dem ja selbst vom Grafen von Kanitz als erstrebenswert bezeichneten Ziel internationalen freien Verkehrs zu gelangen, sei die Schutzzollpolitik verkehrt. Erhöht Deutschland seine Zölle, so erhöht auch das Ausland die seinigen. Dann kann aber von einer Möglichkeit, etwas zu bieten, keine Rede sein. Die Zollerhöhung geht dann international wie eine Schraube ohne Ende zum Schaden des Exports, der nationalen Wohlfahrt und der solidarischen Interessen der Arbeit. Statt die freihändlerische Richtung andrer Staaten zu stärken, stärke man zum eignen Schaden die schutzzöllnerische. Was solle die deutsche Industrie beginnen, wenn etwa England schließlich zur Schutzzollpolitik gedrängt würde? Hinzu komme noch, daß jeder Antrag auf Zollfreiheit die grundsätzliche Bekämpfung der Getreidezölle in sich schließe, für die man durch industriellen Schutzzoll Anhänger aus Kreisen werbe, die entschiedene Gegner der Getreidezölle sein müßten. Selbst da, wo ein industrieller Erziehungszoll vielleicht vorübergehend in Betracht kommen könnte, wiege das Interesse der Arbeiter gegen Getreidezölle centnerschwer.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

* * *

17. Abschnitt.

Unedle Metalle und Waren daraus.

A. Eisen und Eisenlegierungen.

Es werden die Positionen 777, 784 und 843 verbunden.

Position 777, Roheisen und nicht schmiedbare Eisenlegierungen 1 M.; 784, Rohluppen, Rohschienen, Blöcke, Platinen, Knüppel, Tiegelstahl in Blöcken 1,50 M.; Position 843, Eisenabfälle: Brucheisen ꝛc. 1 M.; Glühspan ꝛc. frei.

Die **Socialdemokraten** beantragen **Zollfreiheit.**

Fischbeck beantragt zu 777 Zollfreiheit, ein Eventualantrag will 0,25 M. Zoll.

Gothein beantragt zu 777 — 0,50 M.; zu 784 — 0,80 M.; zu 843 — 0,40 M.

Beumer beantragt zu 784, die Worte: „Tiegelstahl in Blöcken" zu streichen und eine neue Position 784a einzuschalten: Blöcke, Platinen, Knüppel von Stahl **im Werte** von 25 M und mehr für 100 Kilogramm **4 M.**

Bernstein hebt hervor, daß man jetzt zu einer Position gekommen sei, die die Grundlage für eine ganze Reihe andrer Industrien bilde. Der Zolltarif sei in sich schon hoffnungslos, da er von dem Grundsatz ausgehe, es müßte mit ihm, wie auf dem Weltmarkt gehandelt werden, man müsse andren Staaten etwas bieten. Aber heutzutage kenne man allerwärts die allgemeinen, sowie die Produktionsverhältnisse der einzelnen Staaten, so daß ein gegenseitig versuchtes Vorschlagen lächerlich sei. Der Zoll auf Roheisen sei sozusagen die Erbsünde der deutschen Zollwirtschaft, die Eisenzölle hätten weitere Zölle nach sich gezogen. Deshalb hätten die Socialdemokraten die Pflicht, gerade bei dieser Position Zollfreiheit principiell zu fordern. Eine Reihe von Faktoren ermöglichten es, auf den Zoll zu verzichten. Die technische Entwicklung ermögliche der deutschen Eisenindustrie günstigen Bestand. Dann könne man die Transport- und Frachtverhältnisse verbessern und ihr so die Zufuhr der Roh- und Hilfsstoffe wohlfeiler machen. Freilich kranke die Zollpolitik daran, daß man Rohstoffe verteure und dann Halb- und Ganzfabrikate ebenfalls mit Zöllen zu belegen sich gezwungen sehe. Man führe auch die socialen Lasten hier wieder als einen Grund für höhere Zölle an, aber dieser Grund sei hinfällig. Die gefährlichste Konkurrenz drohe aus den Ländern, in denen hohe Löhne gezahlt werden, höhere als in Deutschland, wo die „socialen Lasten" nur einen sehr niedrigen Beitrag erforderten.

Das Syndikatswesen verwerfe Redner nicht grundsätzlich. Syndikate könnten zur Regelung der Produktion sehr viel beitragen, ja sie könnten vorbereitend für eine höhere Form der Produktion, der gesellschaftlichen, wirken. Aber im Syndikatswesen liege die große Gefahr des Mißbrauchs kapitalistischer Macht. Und dieser Mißbrauch sei bereits zu konstatieren, die Preistreiberei sei heute ein Merkmal der Syndikatswirtschaft. Der Zoll fördere sie. Auch aus diesem Grunde müsse man sich gegen den Zoll wenden, zumal das Roheisensyndikat nicht die erreichbaren Fortschritte auf technischem Gebiet zu verzeichnen habe. Fahre man in der Förderung einer solchen Zollpolitik fort, dann schreibe man verschiedenen großen Industrien das Todesurteil und schädige die ganze Produktion. Redner weist dann auf die Handelsstatistik, ferner auf die Arbeiterverhältnisse in der Eisenindustrie, speciell in Breslau, hin, die auf Zollfreiheit hinlenkten. Ferner zeigten auch die Dividenden in der Eisenindustrie, daß sie keinen Zoll benötige. Gingen wir dazu über, unsre Verkehrsverhältnisse zu verbilligen, dann würde die deutsche Industrie in noch höherem Maße prosperieren. Dann könne man auch zu gesünderen Vertragsverhältnissen gelangen. Aus all diesen Gründen müsse Zollfreiheit eintreten; lehne die Kommission Zollfreiheit ab, müsse sie die vorliegenden Anträge auf Herabsetzung der Zölle annehmen, das sei das Allermindeste, was sie thun könne. Gehe man bei der Eisenindustrie derartig vor, dann käme man auch zu einem besseren internationalen Verkehr. Redner bespricht dann und kritisiert die Zölle auf die Einzelpositionen.

Gothein wirft die Frage auf, ob im Interesse der deutschen Hochofenindustrie ein Zoll nötig sei. Maßgeblich sei der Verbrauch des Produkts im Inlande. Der Verbrauch werde aber eingeengt durch Verteuerung des Produkts, die die Syndikate betrieben habe. Nun die Konjunktur ungünstig sei, müsse natürlich auch die Produktion stagnieren. Die Frage der Zölle sei dabei irrelevant. Redner geht auf die Lage der deutschen Eisenindustrie gegenüber der in andren Staaten näher ein und konstatiert, daß England der beste Abnehmer deutscher Eisenwaren sei, es nehme samt seinen Kolonien ca. 30 Proz. der deutschen Eisenausfuhr auf. „Die amerikanische Gefahr" behandelt Redner als eine Fiktion. Eine regelmäßige Einfuhr amerikanischer Eisenwaren sei nicht zu befürchten. Unsre Ausfuhr von Roheisen und Halbzeug habe sich im Vorjahre bedeutend gehoben. Es könne auch nicht die Aufgabe der Zollpolitik sein, einer momentan ungünstigen Lage aufzuhelfen, die durch die Syndikatswirtschaft ungünstiger gestaltet worden sei. In einer Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes die Preise durch Zölle künstlich zu erhöhen, sei doppelt gefährlich, denn dadurch werde der Konsum im Innern herabgedrückt. Redner schließt: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Zölle!

Schluß 1/4 1 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Mit den Arbeitergroschen beschäftigen sich fortgesetzt eine Anzahl Blätter, bei der Gelegenheit den wahren Grund dieser Sorge verratend: es ist blasser Neid; selber möchten sie die Groschen haben. Es heißt nämlich am Schlusse eines gleichlautend durch verschiedene Blätter laufenden Artikels, daß es gegen die Ausgaben der Arbeiter für die socialdemokratische Partei kein andres Mittel gäbe als das, daß auch die „Ordnungsparteien" recht viel Beiträge bekommen.

Ja, es ist ein Jammer. Freilich muß die Socialdemokratie bekämpft werden; stört sie doch mit immer unerträglicher werdender Dreistigkeit den ruhigen Betrieb des Ausbeutungsgeschäfts, droht doch von ihrer „zersetzenden Thätigkeit" sogar dem neuen Zollwucher ernstliche Gefahr. Aber solch ein Kampf kostet auch Geld und das um so mehr, als die Herren Interessenten das nicht selbst machen mögen; sie müssen auch dazu ihre Arbeiter haben, die nicht alle ihre Seligkeit um so wenige Silberlinge verkaufen, wie die Wanderredner des Bundes der Landwirte. Da sitzt das Uebel. Die Herren, die gewöhnt sind, sich den Schutz ihres nationalen Geldbeutels etwas kosten zu lassen — aus den Taschen der Arbeiter, die sollen hier mit einmal selber zahlen und das ist kränkend. „Schutz vor der socialdemokratischen Verhetzung" will jeder; zahlen will keiner. Es sollte darum jeder Arbeiter gezwungen werden, ebensoviel, als er freiwillig der socialdemokratischen Parteikasse, seiner Gewerkschaft und ähnlichen staatsgefährlichen Zwecken zuwendet, in einen nationalen Verteidigungungsfonds zu zahlen, zum Schutze der höchsten Güter, wie Ausbeutung der Arbeiter, Zollwucher und dergleichen. Das wäre die einzig richtige Verwendung der Arbeitergroschen.

Eine Zänkerei zwischen einigen Parteigenossen in Essen, die an differierende Ansichten über die Errichtung eines Rechtsschutz-Bureaus durch das dortige Gewerkschaftskartell anknüpfte, wird in einer Zuschrift an die „Vossische Zeitung" als ein Streit hingestellt, der die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich ziehe. Die „Vossische Zeitung" ist das Opfer einer gewaltigen Uebertreibung geworden. Weil zwei oder drei Leuten einmal aus persönlichem Aerger ihre Zunge oder ihre Feder durchgegangen ist, sehen Leute, deren Blick sich gern von ihren Wünschen trüben läßt, gleich gewaltige Differenzen, die „die Aufmerksamkeit auf sich ziehen". Die „weiteren Kreise", die übrigens wohl nur durch die Person des Informators der „Vossischen Ztg." repräsentiert werden, werden trotz aller Aufmerksamkeit nicht auf ihre Kosten kommen. Die Wässerchen der persönlichen Gereiztheit werden sich beruhigen und das Sensationsbedürfnis gewisser Leute wird trotz aller Aufbauschungskünste unbefriedigt bleiben.

Totenliste der Partei. Im Alter von 69 Jahren starb in Halberstadt der Parteigenosse Friedrich Hurlemann. Die „Magdeburgische Volksstimme" schreibt über ihn:

Hurlemann hat sich in seinem langen Leben stets als ein treuer, überzeugter Anhänger der modernen Arbeiterbewegung und zwar sowohl der politischen wie der gewerkschaftlichen bewährt. Mitte der sechziger Jahre hat sich Hurlemann bereits der Socialdemokratie angeschlossen. Sein Wirkungskreis waren nacheinander die Städte

Halberstadt, Berlin, Hamburg und seit Ende der siebziger Jahre ununterbrochen wieder Halberstadt. Er gehörte anfänglich der Lassalleanischen Richtung an und wurde als einer der Berliner Delegierten auf den Einigungskongreß in Gotha entsandt.

Hurlemann war dann später in Halberstadt unermüdlicher Organisator und Agitator; er bekleidete wiederholt die höchsten Vertrauensämter der Partei (u. a. war er eine Zeitlang Reichstagskandidat für den Wahlkreis Calbe-Aschersleben), wobei ihm dann auch die üblichen Zusammenstöße mit der Polizei und den Gerichten nicht erspart blieben; mehrere Male mußte Hurlemann längere Zeit hinter Gefängnismauern zubringen. Neben der politischen Thätigkeit vergaß er auch nicht die gewerkschaftliche. Bis vor einigen Jahren war er der Vertrauensmann der Maurer in Halberstadt, in welcher Eigenschaft er auch im Auftrage des Centralvorstandes ausgedehnte Agitationsreisen machte. In den letzten 8—9 Jahren war Hurlemann in der Expedition der inzwischen mit der „Volksstimme" verschmolzenen „Volkszeitung" thätig.

In Brandenburg starb der Cigarrenmacher August Nielsen. Die Partei verliert in dem Dahingeschiedenen einen begeisterten, opferwilligen und charakterfesten Genossen. Zur Zeit des Socialistengesetzes war er einmal wegen Verbreitung verbotener Schriften in Untersuchungshaft genommen worden; sechs Wochen wurde er darin festgehalten, bis man ihn, da ihm nichts bewiesen werden konnte, freilassen mußte. Seiner Charakterfestigkeit dankten es verschiedene Genossen, daß sie in schwerer Zeit vor hartem Mißgeschick bewahrt blieben. Trotz aller Versprechungen, die ihm gemacht wurden, bewahrte er seine Standhaftigkeit und nahm lieber die Leiden der langen Untersuchungshaft auf sich, anstatt daß er andre verriet.

Aus Industrie und Handel.

Saatenstand in Deutschland. Nach der Statistik des Statistischen Amtes sind die Noten für den Stand Mitte Juli folgende (1 bedeutet sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering):

	1902		1901
	Juli	Juni	Juli
Winterweizen	2,2	2,2	3,5
Sommerweizen	2,4	2,4	2,8
Winterroggen	2,3	2,4	2,9
Sommerroggen	2,4	2,4	2,7
Sommergerste	2,3	2,4	2,6
Hafer	2,6	2,4	2,9
Kartoffeln	2,6	2,7	2,5
Klee	2,5	2,4	3,5
Luzerne	2,7	2,6	3,2
Wiesenheu	2,4	2,5	3,0

In dem diesen Noten angefügten Bericht heißt es:

Gegen den Vormonat zeigen einen leichten Rückgang: Hafer, Klee und Luzerne, gleich geblieben sind die Ernte-Aussichten für Winterweizen, Sommerweizen und Sommerroggen, eine leichte Besserung weisen auf Winterrogen, Sommergerste, Kartoffeln und Wiesen. Die Ernte des Wintergetreides ist 8 bis 14 Tage später als normal zu erwarten. Der Winterweizen steht im allgemeinen gut, Winterroggen nahezu gut, zeigt aber vielfach lückenhafte Aehren und stellenweise Lager. Von Sommergetreide sind Gerste und Hafer in der Entwicklung etwas zurückgeblieben. Der Stand der Kartoffeln ist sehr verschieden; ein Teil ist lückenhaft aufgegangen oder durch die Kälte im Wachstum zurückgeblieben, während der andre Teil gutes Aussehen zeigt. Der erste Schnitt des Klees ist fast durchweg gut ausgefallen. Das Wachstum des zweiten Schnittes ist in einem Teil der Bezirke durch Kälte, in einem andren durch Trockenheit aufgehalten worden. Die im Süden und Westen gut beendete Heuernte war im Osten zumeist erst zur Hälfte eingebracht. Sie ist fast durchweg gut.

Vom Ruhrkohlenmarkt berichtet die „Köln. Ztg.": Der Kohlenmarkt ist noch immer als leblos zu bezeichnen. Der seit Ende vorigen Monats zurückgegangene Versand hat sich bisher wenig gehoben, obwohl die Inventurarbeiten, denen man die Einschränkung zuschreiben wollte, beendet sind. Während sich für Hausbrandkohle eine etwas regere Nachfrage geltend zu machen scheint, ist es insbesondere Industriekohle, die heute mehr als bisher leidet. In der Eisenindustrie leiden besonders die Hochofenwerke unter der Verstimmung zwischen ihnen und einer Anzahl von Roheisen-Verbrauchern infolge der von letzteren verlorenen Prozesse. Die Ergebnisse der Zechen sind langsam aber stetig zurückgegangen. Die weitere Gestaltung des hiesigen Bergbaues wird auf das engste mit der Entwicklung der Eisenindustrie zusammenfallen, und diese hängt wiederum von den Verhältnissen in Amerika ab.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Keine Verständigung mit den Arbeitern!

Das ist die Losung des Kühnemannschen Verbandes der Metallindustriellen. Die streikenden Dreher der Niles-Werke haben das Einigungsamt angerufen und damit bekundet, daß sie bemüht sind, ihren Konflikt mit der Firma vor einer unparteiischen Instanz zum Austrag zu bringen. Der Direktor des Werkes hat aber den Eintritt in Verhandlungen abgelehnt mit Rücksicht darauf, daß er dem Verbande der Metallindustriellen angehört. Die Kühnemänner haben also wie immer, so auch in diesem Falle eine friedliche Beilegung des Konflikts verhindert. Eigentümlich ist es allerdings, daß die Unternehmer, welche sonst immer über den Terrorismus schreien, der angeblich durch die Arbeiter verübt werden soll, sich von ihrem Verbandsvorstande in solcher Weise terrorisieren lassen. Auf dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen herrscht aus Anlaß des Streiks der Dreher eine besonders rege Thätigkeit. Wer einen Arbeitsschein für die Niles-Werke verweigert, der kommt unweigerlich auf die schwarze Liste, und eine große Zahl von Arbeitern gehört zu denen, die aus diesem Anlaß für vier bis sechs Monate, oft auch noch für längere Zeit, keinen Arbeitsschein bekommt.

Mit diesen Maßregelungen erreichen die Kühnemänner natürlich nicht ihren Zweck; sie zeigen damit den Arbeitern nur, daß diese ihre Organisation so stärken müssen, um das Joch, welches die Unternehmer ihnen aufzwingen, abschütteln zu können.

Achtung! Gesellenausschüsse.

Der in der Versammlung der Gesellenausschüsse und Innungs-Schiedsgerichtsbeisitzer gewählte Ausschuß hat sich konstituiert und den Genossen Otto Wels, Tapezierer, Engel-Ufer 15, Zimmer 35, Telephon Amt 7a, 6672, zu seinem Obmann gewählt.

Die Altgesellen sämtlicher Innungen Berlins werden ersucht, umgehend Namen und Adressen sämtlicher Gesellen-Ausschußmitglieder sowie der Innungs-Schiedsgerichtsbeisitzer ihres Berufes an obige Adresse einzusenden. Der Ausschuß.

Isolierer und Rohrumhüller. Die Firma Posnansky u. Strelitz, Pappel-Allee 11, hat nunmehr den Widerstand aufgegeben und die Forderungen ihrer Arbeiter vollinhaltlich anerkannt. Die vereinbarten Bedingungen sind folgende: 1. Wiederanstellung der entlassenen Monteure Jahn und Lange II; 2. gänzliche Abschaffung der Accordarbeit; 3. keine Maßregelungen infolge Teilnahme am Streik; 4. Zurückziehung der während des Streiks auf Montage beschäftigten Leute in die Fabrik.

Die verhängte Sperre ist somit aufgehoben.

Die Lohnkommission.

Zur Lohnbewegung der Dachdecker ist zu berichten: Von den beiden gesperrten Firmen, Horn u. Hummel, Kopp Cie., haben Horn u. Hummel die Forderungen bewilligt und ist die Sperre über diese Firma aufgehoben. Weiter haben bewilligt: A. Damke, Beusselstr. 3—4; Schneider, Danzigerstr. 62; K. Kretschmer, Ottostraße 20; Rüthmüller u. Blank, Camphausenstr. 10.

Weitere Sperren sind verhängt über folgende Firmen: F. W. Neueke, Mommsenstr. 8; Jahn, Bessselstr. 20; Hitze, Rixdorf; Wagener, Zehlendorf. Die Kollegen haben bei obengenannten Firmen die Arbeit am Sonnabend niederzulegen, außer bei Wagener, wo bereits am 25. d. Mts. die Arbeit niedergelegt ist. Bei Kopp hat sich ein Arbeitswilliger gefunden.

Die Lohnkommission.

Für das Einigungsamt der Berliner Innungen hat sich in ihrer letzten Quartals-Versammlung die Bäcker-Innung „Konkordia" erklärt. Altgeselle Most sprach namens der Gesellenschaft und im Einverständnis mit dem kürzlich gefaßten Beschluß der Berliner Gesellenausschüsse und Schiedsgerichts-Beisitzer gegen die geplante Einrichtung, die jedoch gegen eine knappe Minderheit angenommen wurde.

Deutsches Reich.

An die Kesselschmiede, Stemmer, Nieter, Schlosser und Metallarbeiter.

Bekanntlich stehen in Barmen-Rittershausen bei Siller u. Jamart, Dampfkesselfabrik, sämtliche Arbeiter in Streik. Die Firma macht verzweifelte Anstrengungen, Streikbrecher heranzuziehen, sowohl durch Agenten, die ständig auf der Tour sind, als auch durch Arbeitsnachweise und Inserate. Bei letzteren fehlt der Name der Firma.

Wir ersuchen die Kollegen und Verwaltungsstellen allerwärts, Acht zu haben und wo Agenten, Inserate 2c. auftauchen, uns sofort Nachricht zukommen zu lassen und am Orte selbst direkt Gegenmaßregeln zu ergreifen.

Zuschriften sind an Rob. Dißmann, Barmen, Adlerstraße 18, zu richten.

Die Verwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
Barmen-Elberfeld.

Die Aussperrung der Kieler Bauhandwerker wird, wie aus Kiel unterm 24. d. M. geschrieben wird, am Freitagnachmittag ihren definitiven Abschluß finden. Diejenigen Gesellen, welche bis dahin bei den Innungsmeistern um Arbeit nachgefragt haben, werden dann einen neuen Gesellenausschuß wählen, der den neuen Vertrag zu unterzeichnen hat. Einen Teil ihrer Lohnforderung haben die Bauhandwerker durch ihren 17wöchigen Kampf durchgesetzt: statt der bisherigen 55 Pf. erhalten sie bis zum 1. Januar nächsten Jahres 57 Pf. und von da ab 60 Pf. die Stunde. Dafür müssen sie freilich einen $4^1/_2$ jährigen Kontrakt mit in Kauf nehmen. Die Gesellen waren durch den massenhaften Zuzug, namentlich von Maurern, die aus Oberschlesien und Italien importiert wurden, zu diesen Zugeständnissen gezwungen. Aus den eignen Reihen der Ausgesperrten hatten sich keine Ueberläufer gefunden. Die Arbeit wird am Sonnabend wieder aufgenommen werden, und es steht zu erwarten, daß sämtliche Ausgesperrte wieder unterkommen, da neue Bauten in der Periode der Aussperrung nicht begonnen werden konnten. Die Meister, die mit ihrem Import schlechte Erfahrungen gemacht haben, fangen bereits an, diese „Nothelfer" abzuschieben.

Die „Freiheit" des Arbeiters. In der bekannten Glashütte von Siemens in Döhlen bei Dresden hörte ein Arbeiter auf, weil es ihm infolge des schlechten Materials nicht möglich war, einen ausreichenden Accordverdienst zu erzielen. Gekündigt hatte der Arbeiter allerdings nicht, denn er glaubt mit Recht, daß er in diesem Falle nicht an die Kündigung gebunden sei, da die Gewerbe-Ordnung die sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses gestattet, wenn der Arbeitgeber bei Stücklohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt. Dieser Fall — so urteilte der Arbeiter — liegt hier vor, denn wenn das Arbeitsmaterial, für das der Unternehmer zu sorgen hat, die Arbeit nutzlos werden läßt, so ist eben keine genügende Beschäftigung vorhanden. Der betreffende Arbeiter fand lohnendere Beschäftigung in einer Ziegelei bei Deuben. Wenn er aber glaubte, er habe sich verbessert, so hatte er die Rechnung ohne die Firma Siemens und ohne den — Gemeindevorsteher gemacht. Dieser eröffnete dem Arbeiter nämlich sogleich nach dem Antritt der Arbeit, daß dem Ziegeleibesitzer die Beschäftigung des Arbeiters verboten sei.

Wir wären begierig zu erfahren, auf welche gesetzlichen Bestimmungen sich ein solches Verbot stützt. Wenn hier wirklich angenommen wird, daß der Arbeiter den Arbeitsvertrag mit der Firma Siemens gebrochen hat, so kann allenfalls die Vorschrift der Gewerbe-Ordnung Anwendung finden, die besagt, daß der vertragsbrüchige Arbeiter, sowie der Arbeitgeber, welcher ihn, wissend, daß der Arbeiter noch einem andern Arbeitgeber verpflichtet ist, beschäftigt, dem ersten Arbeitgeber Schadenersatz zu leisten hat. Die Firma Siemens hatte also schlimmstenfalls civilrechtliche Ansprüche an den Arbeiter, resp. seinen neuen Arbeitgeber, und der Gemeindevorstand hatte kein Recht, diesem die Beschäftigung des Arbeiters zu verbieten, ganz davon abgesehen, daß es einem behördlichen Organ nicht gut ansteht, sich zum Werkzeug eines Unternehmers zu machen, der die bei ihm beschäftigten Arbeiter, gleich Hörigen, an seinen Betrieb fesseln und ihnen die Aufsuchung einer besseren Arbeitsstelle vereiteln möchte.

Schlosser. In Velbert im Rheinland sind in drei Schloßfabriken Differenzen ausgebrochen. Vor Zuzug wird gewarnt.

Die Bäckermeister-Söhne, soweit sie als Bäckergesellen thätig sind, fühlen sich durchaus nicht mit ihren Kollegen, die nicht so glücklich sind, einen Bäckermeister zum Vater zu haben, solidarisch. Die Meistersöhnchen sind von ihrem ganz besonderen Wert und ihrem Abstand von den übrigen Bäckergesellen so sehr überzeugt, daß sie sich in eignen Fachvereinen der Bäckermeister-Söhne zusammengethan haben, die wieder zu einem Verbande für Oestreich und Deutschland vereinigt sind. Der Verband tagte kürzlich in Wien, und bei dieser Gelegenheit beschäftigten sich die Söhnchen auch mit der Stellung, die sie einem Streik der Bäckergesellen gegenüber einzunehmen hätten. Es war kaum anders zu erwarten, als daß sich die meisten Redner für unbedingtes Zusammengehen mit den Meistern erklärten, die sie natürlich unterstützen müßten, weil sie dereinst selbst das Erbe der Meister antreten. Fast allein mit seiner Meinung stand der Präsident Müller-Berlin, welcher ausführte: Wenn ein Streik proklamiert wird, so müssen wir neutral bleiben. Der geschäftsführende Vorstand würde nie seine Hand dazu bieten, den Verband agitatorisch für Beseitigung eines Streiks in Bewegung zu setzen. Wir wollen nicht, daß die Gesellen auf uns Einfluß nehmen, wir wollen aber auch nicht, daß wir uns in allem für die Meister einsetzen müssen. Was das einzelne Mitglied später als Meister thut, geht uns nichts an; im Verein können wir an allem Kritik üben, aber wir dürfen nicht agitatorisch auftreten.

Einen Beschluß über ihre Stellung zum Streik faßten die Meistersöhne nicht. Das war auch nicht nötig, denn man weiß ohnedem, daß die „Erben der Meister" sich nicht auf die Seite der für Arbeiterinteressen kämpfenden Gesellen stellen werden.

Ausland.

Der Streik der galizischen Landarbeiter

breitet sich immer weiter aus. In acht Bezirken: Zbaroz, Husiatyn, Przemyslany, Tarnopol, Zaleszczyki, Gloczow, Bobrka und Trembowla, wird bereits gestreikt und in mehreren andren Bezirken treffen die Landarbeiter die Vorbereitungen zum Streik. Das merkwürdigste an der ganzen Streikbewegung ist aber, daß die Landarbeiter zum erstenmal als disciplinierte Masse auftreten und musterhafte Ordnung halten. Sobald die Arbeiter zu streiken beschlossen haben, ist das erste, was sie thun, daß sie ein Streikkomitee wählen, dem sie die Formulierung der Forderungen wie auch die Unterhandlungen mit der Gutsherrschaft und die Führung des Streiks überlassen. Vergeblich bemühen sich die Schlachzizen und ihre Pächter, die Streikenden zu Unruhen zu verleiten. Die ausgebeutetsten, verfolgtesten Proletarier lassen sich nicht provozieren.

In allen Dörfern wimmelte es von Soldaten und Gendarmen, jeden Tag werden Streikende, zumeist ohne jeden Anlaß, verhaftet. In Galizien weiß man eben noch nichts vom Koalitionsrecht, und so werden die Verhafteten meist dem Gericht eingeliefert wegen „Aufreizung zum Streik".

Die Streikenden zeigen eine bewunderungswürdige Solidarität. Es ist den Gutsbesitzern bisher nicht gelungen, eine nennenswerte Anzahl Streikbrecher zu bekommen. Wo sie Streikbrecher bekamen, waren es Mazuren, die aus entlegenen Dörfern herbeigeholt wurden — meist in Begleitung von Gendarmen und Soldaten.

In zahlreichen Gemeinden haben die Streikenden ihre Forderungen bereits durchgesetzt, und je näher die Ernte kommt, um so mehr Gutsherrschaften geben nach.

Wegen der Versammlung im Walde von Dobromirka wurden der Notar Hordynski, Genosse Witzk und die Bauern Ostapczuk und Szmigielski angeklagt. Der Volksschullehrer Kiryniuk in Hnilice wurde entlassen, weil er die Bauern zum Streik aufgereizt haben soll.

In Poltew im Bezirke Przemyslany sind außer den Landarbeitern auch die Dienstboten in Streik getreten.

In Gloczow soll es zu einem Zusammenstoß zwischen Ausständigen und Soldaten gekommen sein, wobei vier Bauern durch Schüsse der Soldaten getötet, eine Anzahl mehr oder minder schwer verletzt und zehn Bauern verhaftet wurden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bayern und die Reichstags-Diäten.

München, 25. Juli. (W. T. B.) Die Kammer der Abgeordneten hat nach längerer Debatte die Vorlage über die Wohnungsgeldzuschüsse an den Finanzausschuß zurückverwiesen, nachdem zuvor der Antrag, die Wohnungsgeldzuschüsse durch Steuerhöhung zu decken, gegen die Stimmen der Socialdemokratie abgelehnt war. Bei dem Etat für Reichszwecke will ein socialdemokratischer Antrag die Diäten für die bayrischen Bundesrats-Mitglieder so lange streichen, bis die Reichstags-Abgeordneten gleichfalls Diäten erhalten. Finanzminister v. Riedel erklärt, die bayrische Regierung stehe einer Aenderung des die Diätenlosigkeit des Reichstags betreffenden Paragraphen **nicht grundsätzlich ablehnend** gegenüber, würde vielmehr **unter gewissen Voraussetzungen** für dessen Aenderung eintreten. Ehrhart (Socialist) sagt, diese Erklärung sei eine Verlegenheits-Erklärung. Finanzminister v. Riedel erklärt, die bayrische Regierung werde selbstverständlich keiner Voraussetzung zustimmen, welche eine Verständigung von vornherein unmöglich mache. Schädler (Centrum) stellt fest, daß die bayrische Staatsregierung jeder Beschneidung des allgemeinen direkten und geheimen Wahlrechts entgegentreten werde. Finanzminister Riedel nickt zustimmend. Ehrhart zieht hierauf den socialdemokratischen Antrag zurück.

Der Kampf gegen den Klerikalismus.

Paris, 25. Juli. (W. T. B.) Ein **Rundschreiben** des Ministerpräsidenten **Combes,** welches die im heutigen Ministerrat beschlossenen Maßregeln gegen die Kongreganistischen Niederlassungen begründet, empfiehlt den Präfekten, solche Niederlassungen nicht zu schließen, welche den Charakter von Hospizen haben oder der Pflege der Wohlthätigkeit gewidmet sind. Dahin gehören Waisenhäuser, Greisenheime, Kinderbewahranstalten. Ebenso sollen solche Niederlassungen nicht geschlossen werden, welche im guten Glauben sind, die Erlaubnis zum Weiterbestehen zu haben, oder welche Schutzbriefe haben, oder ermächtigt sind, Geschenke anzunehmen. Endlich diejenigen öffentlichen kongreganistischen Schulen welche von der im Gesetz vorgesehenen Erlaubnis Gebrauch machen, sich binnen sechs Jahren in eine weltliche Schule umzuwandeln. Combes sieht Berichten der Präfekten entgegen, um zu erfahren, welcher von jenen genannten Kategorien verschiedene Kongregationen angehören, bevor er dieselben schließen läßt. Die Antworten der Präfekten werden in 2 oder 3 Wochen erwartet.

Heute vormittag erschien die Baronin Reille, die Gräfin de Mun, Frau Piou, Frau Cibiel und Frau de Pameyrol im Elysée und ersuchten Frau Loubet um eine **Audienz.** Frau Loubet ließ ihnen antworten, sie könne **keinerlei Bittgesuche über Fragen entgegennehmen,** welche zur Zuständigkeit der Regierung gehörten.

Aus den Departements, namentlich aus Finistère hier eingegangene Telegramme besagen, daß die Schwestern mehrerer Kongregationen, welche sich bereits in die Mutteranstalten begeben hatten, wieder in ihre Schulen zurückgekehrt sind und erklären, daß sie **nur der Gewalt weichen würden.** Die übrigen Schwestern, welche sich dem Gesetz bisher noch nicht unterworfen haben, gaben die gleiche Erklärung ab. In mehreren Orten bewacht die Bevölkerung die Schulen und Niederlassungen der Kongreganisten.

Kämpfe an der türkisch-serbischen Grenze.

Belgrad, 25. Juli. (W. T. B.) Wie hiesigen Blättern gemeldet wird, kam es an der serbisch-türkischen Grenze zwischen dem serbischen Dorfe Tatschewaz und dem türkischen Dorfe Dubniza zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Albanesen und türkischen Nizams einerseits und serbischen Feldarbeitern und Grenzwächtern andrerseits. Erstere überschritten die Grenze und überfielen die Feldarbeiter, worauf diesen Grenzwächter zu Hilfe kamen. Es entspann sich ein Kampf, der volle fünf Stunden dauerte. Auf serbischer Seite fielen zwei Korporale und zwei Grenzwächter, zwei Feldarbeiter wurden schwer und mehrere andre leicht verletzt. Erst als Bauern aus dem Dorfe Tatschewaz herbeieilten, gelang es, die Eindringlinge auf türkisches Gebiet zurückzuwerfen.

Die Cholera.

Kairo, 25. Juli. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Im Gesundheitsamte sind heute **118 Cholerafälle** zur Anzeige gelangt.

Paris, 25. Juli. (W. T. B.) In der **Humbert-Angelegenheit** wurde heute der frühere Stabträger Dubuit vom Untersuchungsrichter vernommen. Dubuit sagte aus, er habe es erst abgelehnt, sich der Interessen Crawfords anzunehmen, weil ihm die Schriftstücke, welche ihm vorgelegt worden seien, nur Prozeßakten zu sein scheinen; später sei er dann Advokat der Humberts geworden. Dubuit betonte dann, daß er in gutem Glauben gehandelt habe, und erklärte, er habe niemals ein Honorar erhalten, sondern im Gegenteil der Frau Humbert bedeutende Summen vorgestreckt.

London, 25. Juli. (W. T. B.) Lord Roberts besichtigte heute die Militärakademie in Sandhurst. Er erklärte die von der Akademie verwiesenen 29 Kadetten wegen der Brandstiftungen für vollständig entlastet und gestattete ihnen die Rückkehr mit Ausnahme von zweien. In seiner Ansprache an die Kadetten sagte Lord Roberts, er beklage ihr unsoldatisches Benehmen. Sie hätten ihre Strafe in männlicher Weise tragen sollen; er hoffe aber bei der nächsten Besichtigung eine Besserung zu sehen.

Madrid, 25. Juli. (W. H.) Verschiedene heftige **Erdbeben** sind in den letzten Tagen zwischen Santander und Asturien verspürt worden. Die Bevölkerung lebt infolgedessen in großer Aufregung.

Madrid, 25. Juli. (W. H.) Die Behörde entdeckte hier eine ältere Dame, die seit sechs Jahren in einem dunklen Raume **eingesperrt** war. Sie ist die Tochter eines verstorbenen Arztes, der ein seinem Kinde zugefallenes großes Vermögen für sich verbraucht hatte.

Bombay, 25. Juli. (W. T. B.) Wie die „Times of India" meldet, werden in Bender-Abbas täglich **Erderschütterungen** verspürt. Seit dem 9. Juli lagern die Einwohner am Strande. Infolge der ungewöhnlichen Hitze herrscht große Not. Andre Städte sind ebenfalls geschädigt; die alte Festung Ormuez ist zerstört und die Stadt Khischur liegt in Trümmern. Man vermutet jedoch, daß nur wenig Menschen umgekommen sind.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage.

Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

I. Wahlkreis: Georg Oppel, Hindersinstr. 14 IV.
Georg Weihnacht, Grünstr. 21 part.
II. Wahlkreis: P. Scholz, Barutherstr. 22, Ecke Jossenerstr. 1.
Gustav Schmidt, Nostizstr. 43.
III. Wahlkreis: Franz Hoch, Admiralstr. 7, v. IV.
IV. Wahlkreis (Ost): Paul Schneider, Blumenstr. 48, III.
Otto Franke, Zorndorferstr. 8, v. part.
IV. Wahlkreis (Südost): E. Voigt, Naunynstr. 3.
Rich. Hackelbusch, Cuvrystr. 16, Hof II.
V. Wahlkreis: Leopold Liepmann, Linienstr. 242 I.
Leo Zucht, Kaiserstr. 4, v. IV.
VI. Wahlkreis: (Moabit): Carl Fischer, Waldstr. 8.
(Wedding und Oranienburger Vorstadt): Karl Fahrow, Ravenéstr. 6.
(Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen): Adam Bittdorf, Fehrbellinerstr. 25.
(Schönhauser Vorstadt): R. Wünsch, Schönhauser Allee 103.
Nieder-Barnim: Georg Freiwaldt, Pankow, Floraстraße 36.
Teltow-Beeskow: Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstraße 3.

B. Preßkommission:

I. Wahlkreis: Julius Kalisti, Jüdenstr. 22 II.
II. Wahlkreis: Albrecht Fülle, Marienborferstr. 1.
Richard Köckeritz, Plan-Ufer 92c.
III. Wahlkreis: Karl Alboldt, Immanuelkirchstr. 27.
Oskar Mahle, Lausitzerstr. 8, IV.
IV. Wahlkreis O.: Otto Büchner, Andreasstr. 75.
SO.: Rich. Weise:, Forsterstr. 89.
V. Wahlkreis: Willy Friedländer, Elsasserstr. 25 II.
Otto Wels, Greifswalderstr. 45 IV.
VI. Wahlkreis: H. Guttmann, Brunnenstr. 9.
A. Steiniger, Pappel-Allee 135.
Nieder-Barnim:
Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 197.
Teltow-Beeskow:
Otto Görke, Charlottenburg, Wallstr. 69.
Fritz Hoppe, Rixdorf, Berlinerstr. 14.

C. Lokalkommission:

I. Wahlkreis: Franz Lucht, Hasenheide 51, Quergeb. IV.
Heinrich Schmoll, Kronenstr. 72, Hof III.
II. Wahlkreis: Wilh. Mews, Gräfestr. 6, Hof Quergeb. VI.
Karl Polenske, Gitschinerstr. 73, II.
III. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, v. IV.
Max Schulz, Luisen-Ufer 46, Hof part.
IV. Wahlkreis (Ost.): H. Blume, Gubenerstr. 6, part.
O. Galle, Koppenstr. 8, vorn II.
IV. Wahlkreis (Südost.): Wilh. Sedler, Reichenbergerstr. 122.
Gustav Beer, Skalitzerstr. 65, vorn IV.
(Treptow.) Wilh. Hauschildt, Falckensteinstr. 6, I.
V. Wahlkreis: Karl Klein, Georgenkirchstr. 12.
Wilh. Merker, Kl. Hamburgerstr. 10.
VI. Wahlkreis: Joh. Pfarr, Putlitzstr. 10 (Moabit).
Otto Wegener, Boyenstraße 4, (für Oranienburger Vorstadt und Wedding).
Gustav Witzel, Brunnenstr. 164 (für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen).
O. Rißmann, Dunckerstraße 13, vorn II. (für Schönhauser Vorstadt).
Nieder-Barnim:
Paul Kette, Friedrichsfelde, Prinzen-Allee 10.
Teltow-Beeskow: Herm. Schliebitz, Britz, Jahnstr. 3.
Alle Zuschriften in Lokalangelegenheiten sind an Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstr. 66, v. IV, zu richten.

D. Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg:

I. Wahlkreis: Waldeck Manasse, Friedenstr. 13.
II. Wahlkreis: Fritz Zinke, Reichenbergerstr. 128.
III. Wahlkreis: Karl Dimmick, Luisen-Ufer 11.
IV. Wahlkreis O.: Albert Wasewitz, Friedrichsbergerstraße 20.
SO.: Wilhelm Jöchel, Köpnickerstr. 190.
V. Wahlkreis: Franz Kotzke, Marienburgerstr. 3/4.
VI. Wahlkreis: Max Kiesel, Schulstr. 22.
Gustav Laukant, Brunnenstr. 117.
Nieder-Barnim:
A. Taubmann, Neu-Weißensee, Elsasserstr. 15.
Teltow Beeskow:
Herm. Schubert, Berlin, Möckernstr. 70.

E. Vorsitzende der Wahlvereine.

I. Wahlkreis: Jakob Ege, Roßstr. 23.
II. Wahlkreis: Hugo Wolderski, Steglitzerstr. 84.
III. Wahlkreis: St. Fritz, Oranienstr. 157, IV.
IV. Wahlkreis O.: Ernst Bader, Große Frankfurterstr. 34.
SO: Paul Hoffmann, Oppelnerstr. 21.
V. Wahlkreis: Leo Zucht, Kaiserstr. 4.
VI. Wahlkreis: Wilh. Freythaler, Gartenplatz 1.
Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow:
Paul Hirsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Sociales.

Das allgemeine Wahlrecht und das niedere Schulwesen in Holland. Anläßlich der gegenwärtig in Holland stattfindenden großen Agitation für das allgemeine Wahlrecht veröffentlicht „Het Volk" eine Reihe von Artikeln, die sich auf jene Grundforderung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung beziehen. Besonders bedeutungsvoll, auch für uns in Deutschland, erscheint der Artikel, in dem dargelegt wird, in welcher Weise die infolge des ungerechten Wahlsystems übermächtige herrschende Klasse der Besitzenden in Holland das Schulwesen zu ihren Gunsten eingerichtet hat. — In den deutschen Bundesstaaten, wo es vielfach, und namentlich in Preußen, noch schlechter mit dem Wahlrecht bestellt ist als in Holland, hat die Masse des Volkes ja auch gar keinen Einfluß auf das Schulwesen, müssen sich ja die Kinder des Proletariats auch mit den ärmlichen, oft mit mancherlei Unrat vermischten Bildungsbrocken begnügen, die ihnen die herrschende Klasse und ihre Organe in Gnaden zukommen lassen.

Wie es sich in dieser Beziehung mit der Gerechtigkeit der herrschenden Klassen verhält, das zeigt sich am deutlichsten, wenn man die Ausgaben vergleicht, die von Staats- und Gemeindewegen für einen Studenten, für einen Zögling der höheren Schulen und für den Volksschüler aufgewandt werden. Laut dem „Bericht vom Stand der höheren, mittleren und niederen Schulen", den die holländische Regierung alljährlich dem Parlament vorlegt, gab das Reich im Jahre 1899—1900 für seine drei Hochschulen (Leiden, Utrecht und Groningen) 1 792 138 Gulden aus. Die Studenten bezahlten pro Kopf ca. 200, insgesamt 245 064 Gulden. Das Reich mußte in einem Jahre 1 487 106 Gulden zuschießen, das macht auf jeden der 1880 Studenten 791 Gulden, das macht in 4 Studienjahren 3164 Gulden, die jedem geschenkt werden, der von Haus aus so begütert ist, daß er studieren kann. Doch das ist nicht alles. Die Studenten haben in der Regel sechs Jahre lang ein Gymnasium besucht. Für die 29 Gymnasien wurden vom Reich und von den betreffenden Gemeinden zusammen 1 064 843 Gulden verausgabt; eingenommen wurden nur 633 193, pro Schüler 280.29 Gulden. Der Zuschuß an den einzelnen Schüler beträgt in sechs Jahren ca. 1680 Gulden. Damit steigt die Unterstützung, die dem einzelnen Studenten aus öffentlichen Mitteln gewährt wird, auf mehr als 4800 Gulden (8160 M). An den höheren Bürgerschulen, die auch vom Reich und von den Gemeinden erhalten werden, beträgt der Zuschuß pro Schüler jährlich 172 Gulden. An den Lehranstalten, die diesen Schülern in der Regel zu weiterer Ausbildung dienen, wurden pro Schüler jährlich aus Reichs- oder Gemeindemitteln folgende Summen zugeschossen: an der polytechnischen Schule 421, der Tierarzneischule 1072, der Reichslandbau-Schule 678 Gulden. — Nun gehören noch zum mittleren Unterrichtswesen einige Lehranstalten, die auch den Minderbevorrechteten zugänglich sind; hier sind aber die Zuschüsse entsprechend geringer und betrugen bei den Reichslandbau-Winterschulen und bei den Reichsgartenbau-Winterschulen 154, den Haushalts- und Industrieschulen 49, den Handwerkschulen 92, den Seefahrtschulen 31 Gulden pro Jahr und Schüler.

Die öffentlichen Volksschulen zählten 1900 bis 1901 519 186 Schüler, und von Reich und Gemeinden wurden hierfür 16 459 054 Gulden mehr ausgegeben als eingenommen, so daß für jeden Schüler circa 31.70 Gulden Zuschuß aus öffentlichen Mitteln geleistet wird. Vergleicht man diese Zahl mit dem, was jährlich für die Zöglinge der höheren und mittleren Schulen geleistet wird, so erkennt man sehr leicht, daß der Staat das meiste Geld für die Kinder der Bourgeoisie, das wenigste für die der Arbeiterklasse aufwendet. — Der Artikel, worin des weiteren noch die Zustände in den vom Reich unterstützten Privatschulen kritisiert werden, schließt mit den Worten: „Vor allem also müssen die Arbeiter, um diese ungünstigen Zustände zu heben, einen Kampf mit der Bourgeoisie auskämpfen, einen Kampf um mehr Geld für ihre Schulen und um mehr Freiheit für ihre Lehrer. Der Kampf muß auf politischem Gebiet geführt werden, und das kann das Proletariat nur dann mit Erfolg, wenn es das allgemeine Wahlrecht erobert hat." —

Lokales.

Zeichen der Zeit!

Als im vorigen Jahre die Arbeitsgelegenheit immer knapper wurde, immer weitere Kreise der Arbeiterbevölkerung die Leiden der Beschäftigungs- und Erwerbslosigkeit zu kosten bekamen, da wurde in bürgerlichen Blättern dreist bestritten, daß von einem fühlbaren Mangel an Arbeit, von einer außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit die Rede sein könne. Auch als die Arbeiterschaft Berlins und der Vororte im letzten Winter statistische Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit vornahm, glaubte man in bürgerlichen Kreisen sich gegenüber dem erschreckenden Ergebnis dieser Arbeitslosenstatistik immer noch ungläubig stellen zu sollen. Die ermittelten Zahlen seien sehr wenig zuverlässig und jedenfalls stark übertrieben, der Mangel an Beschäftigung sei sicherlich nicht größer als in andren Wintern. Und so konnte es sich die Berliner Gemeindeverwaltung — zur großen Freude des kommunalen Freisinns — wieder einmal mit einem Schein von Recht ersparen, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen.

Ob die Arbeitslosigkeit zu- oder abgenommen hat, das läßt sich nicht allein auf Grund solcher statistischen Erhebungen, sondern auch nach gewissen Erscheinungen des wirtschaftlichen und des socialen Lebens beurteilen. In Zeiten des Arbeitsmangels und der Erwerbserschwerung kommen die Kriminal- und Moralstatistiker — ebenso wie in einer Zeit der Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel — sehr bald in die Lage, den Nachweis zu führen, daß das Manko im Geldbeutel der Arbeiterklasse allemal auch ein sociales Deficit nach sich zieht. Eines der augenfälligsten und überzeugendsten Beispiele dieser Art ist das wechselnde Auf und Ab der Arbeitshaus-Frequenzen. Die bürgerliche Presse pflegt die sogenannte Vagabunden-Frage mit dem bequemen Wort abzutun: „Die Landstreicher wollen nicht arbeiten!" Merkwürdig ist aber, daß jedesmal, wenn bei beginnendem wirtschaftlichen Niedergang die Fabriksäle und Werkstätten leer werden, die Arbeitshäuser sich füllen, und daß andrerseits mit derselben Regelmäßigkeit nach einer Besserung der Erwerbsverhältnisse die Arbeitshäuser sich wieder leeren. So war es in und nach der Notstands-Periode zu Beginn der neunziger Jahre, so soll es allem Anscheine nach auch jetzt wieder werden. Die erneute Füllung der Arbeitshäuser, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre allenthalben recht leer geworden waren, hat bereits begonnen. Wann diese unerfreuliche Frequenzzunahme aufhören und wieder eine Abnahme eintreten wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen.

In Berlin, wo die bürgerlichen Kreise noch im vergangenen Winter nichts von einer außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit zu merken behaupteten, haben die letzten Monate eine fast beispiellos raische Steigerung der Arbeitshaus-Frequenz gebracht. Das Berliner Arbeitshaus (zu Rummelsburg) hatte in den vier Quartalen des Jahres 1901 einen Zugang von 208, 261, 265 und 229 männlichen Korrigenden gehabt, dem ein Abgang von 239, 245, 286 und 218 gegenüberstand. In den beiden ersten Quartalen des Jahres 1902 belief sich der Zugang an männlichen Korrigenden auf 498 (!) und 572 (!), der Abgang auf 210 und 316. Im ersten Halbjahr 1901 waren zusammen 464 Männer in die Anstalt eingeliefert worden; im ersten Halbjahr 1902 wurden zusammen 1070 Männer eingeliefert! Der Bestand hatte sich am 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 1901 auf 1061, 1077, 1106 und 1117 Männer gestellt; am 31. März und 30. Juni 1902 stellte er sich auf 1405 und 1661! Zeichen der Zeit!

Wir meinen, daß solche Zahlen eine deutliche Sprache reden. Oder ist das für die bürgerliche Klasse immer noch nicht deutlich genug? Vielleicht erleben wir es dann noch, daß irgend ein bürgerliches Blatt in bittere Klagen darüber ausbricht, wie sehr in Berlin in der letzten Zeit nicht die Arbeitslosigkeit, aber die „Arbeitsscheu" zugenommen habe.

Geschenkte Kirchbauplätze. Zu unsren Mitteilungen über die Vorgeschichte des Baues der Kapernaum-Kirche (vergleiche „Kirchenbauerei mit Hindernissen", in der Donnerstags-Nummer) weist ein hiesiges katholisches Blatt darauf hin, daß der Graf v. Oppersdorf, der den Grund und Boden für diese evangelische Kirche geschenkt hat, Katholik ist. Daß jener Graf eine ähnliche Beihilfe für eine katholische Kirche Berlins geleistet hätte, sei bisher nicht bekannt geworden. — Da das Blatt gleichzeitig die Vermutung ausspricht, daß Herr v. Oppersdorf das Baugrundstück geschenkt habe, um den Wert seiner in dem betreffenden Straßenviertel liegenden Terrains zu steigern, so ist nicht recht einzusehen, was der Hinweis auf die Konfession des Herrn Grafen sowie der ihm gemachte Vorwurf für einen Sinn haben sollen. Wer kann dafür, daß die Katholiken Berlins für ihre Kirchenbauten zufällig nur solche Stadtgegenden aussuchen, an deren Grundstücksverhältnissen keiner von den großen Grundstücksbesitzern interessiert ist? Evangelische Kirchengemeinden haben in dieser Beziehung in Berlin schon öfter Glück gehabt. Wenn die katholischen Gemeinden Berlins künftig in der Wahl ihrer Kirchbauplätze vorsichtiger verfahren wollten, so könnte es ihnen leicht passieren, daß ihnen eines schönen Tages nicht nur von einem katholischen Grundstücksbesitzer, sondern auch von einem evangelischen und vielleicht sogar von einem jüdischen ein Bauplatz als Geschenk angeboten würde. Wo es sich um die Steigerung des Wertes ihrer Grundstücke handelt, da glauben die Grundstücksbesitzer, die evangelischen, die katholischen und die jüdischen, ja doch alle nur an einen Gott. Er heißt: Mammon!

60 000 Berliner Fernsprech-Anschlüsse. Die Gesamtzahl der Anschlüsse im Ober-Postdirektionsbezirk Berlin hat jetzt das 60. Tausend überschritten und beträgt genau 60 688. Das Berliner Fernsprechamt dürfte somit nach wie vor das größte der Welt sein. Auf die Reichshauptstadt selbst, d. h. auf die im Berliner Gemeindegebiet belegenen 9 Vermittelungsanstalten entfallen davon allein 58 230 Anschlüsse. Hauptanschlüsse, die unmittelbar an das Amt angeschlossen sind, wurden 38 365 gezählt. Eine schnelle Entwicklung hat die Einrichtung der Nebenanschlüsse unter dem neuen Gesetze über die Gebühren genommen: ihre Zahl beträgt jetzt nahezu 15 000 oder 14 865. Das größte Berliner Amt ist das Hauptfernsprechamt 1 mit 10 482 Anschlüssen, von denen 7073 Haupt- und 3409 Nebenanschlüsse sind. An zweiter Stelle steht das Fernsprechamt 4 in der Prinzessinnenstraße mit 7901 Anschlüssen, unter denen sich 5745 Hauptanschlüsse befinden. Nicht viel weniger zählt das Amt 3 in der Oranienburgerstraße, 7722 oder 5403 Haupt- und 2309 Nebenanschlüssen. Von den beim Nachtfernsprechamt 6 in der Pitzowstraße vereinigten Vermittelungs-Anstalten zählt das Amt 6 6368, 6a 2593 und 9 4700 Anschlüsse. Nebenanschlüsse wurden bei 6 1888, bei 9 1214 gezählt, beim Amt 6a, dessen Teilnehmer Einzelgebühr entrichten, nur 85. Das künftige vereinigte Amt 6 dürfte einst das größte Berliner Amt werden; nach dem heutigen Stande zählt es schon 13 661 Anschlüsse. Auch das Amt 7 wird nach seiner Vereinigung nahezu 10 000 Anschlüsse erreichen. Schon jetzt zählt Amt 7 6423, 7a 2419 Teilnehmer, von denen bei 7 4203, bei 7a 2101 Hauptanschlüsse sind. Das „kleinste" Berliner Amt ist die Vermittelungsanstalt 2 in Moabit mit insgesamt 4622 Anschlüssen, von denen 3356 Haupt- und 1266 Nebenanschlüsse sind. Freilich giebt es „Stadt-Fernsprecheinrichtungen" von diesem Umfange wohl nicht viel mehr als in halbes Dutzend im Reichs-Telegraphengebiet.

Zwei Leprakranke befinden sich gegenwärtig im Kochschen Institut für Infektionskrankheiten, der aus Finsterwalde gebürtige 47 Jahre alte Cigarrenmacher Wilhelm Leiter und seine Ehefrau Martha, geb. Luther, die aus Halle stammt und 40 Jahre alt ist. Die Leute wurden beide in der dermatologischen Klinik in der Maxstraße zu Breslau behandelt, konnten aber dort nicht bleiben, da man ihre Krankheit als Lepra feststellte. Auf Veranlassung des Medizinalministeriums wurden sie unter den strengsten Vorsichtsmaßregeln in das Institut für Infektionskrankheiten gebracht. Hier werden sie voraussichtlich auch nur vorübergehend behandelt werden, um später dem Memeler Leprahelme zugeführt zu werden. Die Kranken sind auch hier in Berlin völlig abgesondert.

Folgende Warnung erläßt das Polizeipräsidium: „Ein Institut national de la surdité, Paris, Rue de Londres 7, preist seit längerer Zeit in Zeitungen unter der Ueberschrift: „Es giebt keine Taubheit mehr" in reklamehafter Weise an, daß Ohrleidende und Taube durch dasselbe Heilung erlangen könnten. Die Behandlung, welche brieflich geleitet wird, besteht in der Anwendung zweier „Audiphones invisibles" genannter Metallplatten, welche hinter den Ohrmuscheln zu tragen sind, und von Medikamenten; für diese Gegenstände werden unverhältnismäßig hohe Preise erhoben. Für die beiden Metallplatten und einen kleinen, als sog. Galvanometer beigegebenen Kompas werden 42,50 Fr., für eine Flasche mit Arznei, welche eine 6 prozentige Lösung von Jodkalium mit geringem Zusatz eines geschmackverbessernden Mittels darstellt und nach der deutschen Arzneitaxe einen Wert von 2 bis 2,50 M. hat, werden 7,50 Fr. verlangt; für eine Schachtel mit Schnupfpulver, welches Talcum, chlorsaures Kali, Borsäure, Zucker und geringe aromatische Zusätze enthält und von welchem 100 Gramm nach der Arzneitaxe auf etwa 80 Pf. zu bewerten sein würden, mußten 4,50 Fr. gezahlt werden. Daß das Tragen der Metallplatten, selbst wenn dieselben aus verschiedenen zusammengelöteten Metallen bestehen, eine nennenswerte Wirkung auf die Gehörorgane nicht hervorbringen, organische Ohrleiden in keiner Weise beeinflussen kann, bedarf kaum der Erwähnung, und daß der Gebrauch von Medikamenten, welche lediglich auf briefliche Berichte und ohne ärztliche Untersuchung verordnet werden, nicht nur von sehr zweifelhaftem Werte, sondern auch häufig von Schaden für den Körper sein kann, ist bekannt. Da außerdem feststeht, daß das erwähnte Institut lediglich ein Privatunternehmen geschäftlicher Art ist, so kann vor der Inanspruchnahme desselben nicht dringend genug gewarnt werden.

Ueber die Besichtigung gekündigter Wohnungen durch Mietslustige herrschen noch immer auf seiten der derzeitigen Wohnungsinhaber mancherlei Unklarheiten, die diesen, falls eine frei werdende Wohnung durch ihre Schuld nicht vermietet wird, erhebliche Kosten verursachen und noch andre Nachteile im Gefolge haben können. In den neuen Mietskontrakten, wie solche nach dem Inkrafttreten der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches von den Mitgliedern der Grundbesitzervereine verwendet werden und von den Vereinssyndici in raffiniertester Weise abgefaßt sind, um den Vermieter nach jeder Richtung hin gegen Verluste auch über das Gesetz hinaus zu schützen, ist die Tageszeit, in welcher der Mieter die Wohnung nach erfolgter Kündigung des Mietsverhältnisses zur Besichtigung für Mietslustige bereithalten hat, genau fixiert. Sie reicht ununterbrochen von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, ausnahmsweise auch wohl von 9 bis 6 Uhr an Werktagen und von 11 bis 2 Uhr mittags an Sonn- und Festtagen; auch ist dem Mieter kontraktlich untersagt, an den Besichtigungsverhandlungen bezw. an den Verhandlungen über die Beschaffenheit der Mietsräume sich zu beteiligen. Verletzt Mieter diesen Kontraktsparagraphen, so hat er, bei Vermeidung sofortiger Räumung der Wohnung, an den Vermieter zur Sicherstellung für den durch die Vertragsverletzung entstehenden Schaden eine bestimmte Summe zu zahlen, die gewöhnlich auf der Betrag einer halben Jahresmiete normiert ist. Das Kammergericht hat in solchen Fällen schon wiederholt zu Ungunsten des Mieters entschieden und auf Zahlung der kontraktlich stipulierten halben Jahresmiete erkannt; auch hat es in der Urteilsbegründung ausgesprochen, daß ein Schadensnachweis — was ungeheuer wichtig ist — schon damit als geführt gilt, wenn nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge die Wohnung wahrscheinlich vermietet worden wäre. Es ist daher einem jeden, der sich mit seiner Wohnung in der gekennzeichneten Lage befindet, anzuraten, die größte Vorsicht zu beobachten.

Baumfall. Bei den Malerarbeiten am Hotel Windsor, Behrenstraße 64/65, die von dem Malermeister Anger, Teltowerstr. 49, ausgeführt werden, stürzte heute vormittag ein Maler von der Leiterrüstung, da die zu schwache Rücklehne, an die er sich angelehnt hatte, durchbrach. Der Gestürzte erlitt schwere Verletzungen, angeblich soll er denselben bereits erlegen sein. Der Unfall ist also auch in diesem Falle ungenügenden Schutzvorrichtungen zuzuschreiben!

Die Straßenbahn im Dienste des Militärs. Ein eigenartiger Truppentransport verursachte bei den Straßenpassanten in den nordwestlichen und westlichen Stadtteilen bedeutendes Aufsehen. Von der Rathenowerstraße her kommend fuhren durch die Königgrätzer-, Belle-Alliancestraße usw. hintereinander fünf Straßenbahnzüge, aus je einem Motor- und zwei Anhängewagen bestehend, insgesamt also 15 Waggons, die nur von Soldaten besetzt waren. Es

handelte sich um ein Bataillon des 4. Garde-Infanterie-Regiments, welches auf diesem noch ungewöhnlichen Wege zur Felddienst-Uebung auszog. Das Bataillon sollte eine Uebung in der Gegend von Großbeeren ausführen und mittels der elektrischen Straßenbahn wurden die Truppen von der Kaserne aus bis nach Lankwitz, dem Ausgangspunkt des Uebungsgeländes, befördert.

Mit dem Ausbau des zur Aufnahme der zweiten städtischen Sparkasse bestimmten Hauses Linkstr. 8 ist nunmehr begonnen worden. In dem Parterre-Geschoß des vierstöckigen Gebäudes, welches dreizehn Fenster Front zählt, werden große Säle eingerichtet, in denen die Buchhaltereien sowie Ein- und Auszahlungsräume für das Publikum untergebracht werden. Die oberen Etagen werden die Haupt-Kassenstellen sowie sonstige Diensträume aufnehmen.

Das Ermittelungsverfahren in der Angelegenheit des Schlossers Retzlaff hat, wie wir andern Nachrichten entgegen mitteilen können, nach keiner Richtung hin irgendwelche Aufklärung gefunden. Es konnte bisher noch nicht einmal mit Sicherheit festgestellt werden, wo sich Retzlaff am 12. d. Mts. aufgehalten hat. Auffällig erscheint der Umstand, daß der Schlosser, welcher Beschäftigung hatte und sich morgens aus der Wohnung entfernte, um die Arbeitsstelle aufzusuchen, sich nicht dorthin begeben hat. Da er an demselben Abend noch in einer Gastwirtschaft in der Brunnenstraße weilte, bei der Leiche aber das von Hause aus mitgenommene Frühstücksbrot vorgefunden wurde, rechnet die Behörde mit der Wahrscheinlichkeit, daß Retzlaff den Tag über sich in Gastwirtschaften, vielleicht in solchen mit Damenbedienung aufgehalten und nicht unbeträchtliche Summen verausgabt hat. Irgend ein Verdacht gegen bestimmte Personen, die Retzlaff ins Wasser geworfen haben können, liegt nicht vor, insbesondere nicht gegen einen Auswanderungsagenten oder persönliche Bekannte des Verstorbenen, der, wie wir bereits meldeten, nach der ärztlichen Feststellung einem Herzschlag, den er im Wasser erlitten, erlegen ist. Die Spandauer Kriminalpolizei, welche das Ermittelungsverfahren durchführt, glaubt zwar nicht an einen vorliegenden Raub, doch dürfte kaum noch festzustellen sein, ob R. das Opfer eines Unfalls, Selbstmords oder Todschlags, ein solcher könnte nur in Betracht kommen, geworden ist.

Vermißt wird seit Dienstag der 53 Jahre alte verwitwete Maler Gustav Weinmann aus der Gitschinerstr. 86. Der Mann sollte auf ärztliche Anordnung wegen eines Nervenleidens in ein Krankenhaus gehen, holte auch am Dienstagmittag von einer Kasse in der Spandauerstraße einen Krankenschein, ist aber seitdem verschwunden. Anfragen in den Krankenhäusern und andre Nachforschungen sind erfolglos geblieben. Der Vermißte, der wahrscheinlich umherirrt, ist schlank und hat einen schwarzen Vollbart.

Eine „Hunds"tags-Idee. Am Sedan-Ufer lockte gestern ein gar klägliches Winseln Hunderte von Straßenpassanten herbei; es stellte sich heraus, daß ein kleiner Hund auf seinem Spaziergange über die rasenbewachsene Böschung in den Landwehrkanal gefallen war und sich nun in seiner Todesangst an dem knapp über dem Wasserspiegel hervorragenden Bankett festklammerte. Da die steile Ufermauer jeden Rettungsversuch unmöglich machte, so war guter Rat teuer. Da verfiel ein gutmütiger Schlaukopf auf die Idee, von der Waterloo-Brücke her den — Rettungsring des hochlöblichen Magistrats zu holen. Diesem roten Ungetüm gegenüber aber verhielt sich der Hund, wie so mancher Selbstmord-Kandidat: er verschmähte es, ihn zu ergreifen resp. wie jener Schlaukopf es sich wohl gedacht, sich in die sichere Bucht des aufgeblasenen Schwimmgürtels zu setzen und diesen als Fahrstuhl zu benutzen. Mehr Erfolg hatte ein andrer Tierfreund, der einen zwölfjährigen Jungen an einem Seil hinabließ; dieser stellte sich aber so ungeschickt an, daß er beinahe selbst in die kühlen Fluten gerutscht wäre. Einem zweiten Jungen gelang das Wagnis und unter allgemeinem Hallo wurde der jugendliche Retter mitsamt dem verunglückten Hunde ins Trockene gezogen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Morgen Sonntag: Ausflug nach Saatwinkel. Abfahrt des Nordringzuges (Richtung Charlottenburg), Schlesischer Bahnhof 8,53, Jannowitzbrücke 8,56 usw. Treffpunkt Bahnhof Jungfernheide. Für Nachzügler bis 10½ Uhr Restaurant Waldkater, Tegeler Weg 40, am Bahnhof Jungfernheide, von 12 Uhr mittags ab Restaurant Jägerhäuschen in Saatwinkel. Zu erreichen ab Bahnhof durch den Wald über die Brücke des Spandauer Schiffahrtkanals, dann direkter Waldweg nach dem Lokal. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Kinderspiele. Am Sonntagvormittag von 9 bis 11½ Uhr finden wiederum die vom Turnverein Fichte geleiteten Kinderspiele für Knaben und Mädchen statt und zwar für den Nordost-Bezirk auf dem Sportplatz „Friedrichshain", Treffpunkt: Landberger-Platz am Krieger-Denkmal; Südost-Bezirk auf dem öffentlichen Spielplatz im Treptower Park, Treffpunkt: Oberfreiarchen-Brücke am Schlesischen Busch; Nord-Bezirk in der Jungfernheide beim Förster Schulz, Treffpunkt: Bahnhof Beusselstraße. Abmarsch für alle Bezirke zu den Spielplätzen Punkt 8¾ Uhr.

Feuerbericht. In den letzten Tagen wurde die Feuerwehr nur wenig in Anspruch genommen. Einen größeren Brand hatte sie Freitag früh Holsteiner Ufer 15 abzulöschen, wo in einer Tischlerei Hölzer eingeäschert wurden. Zur selben Zeit brannten Weidenweg 33 Kleidungsstücke und Möbel. Kleinere Brände wurden noch von Köpenickerstraße 75 und Pasewalkerstraße 2 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Alt-Glienicke. Am Sonnabend, den 26. Juli, abends 8½ Uhr, findet die Generalversammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins im Lokale des Herrn Saß statt. Tagesordnung: Kassenbericht. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Aus dem um die Eingemeindung der Hasenheide zwischen Berlin und Rixdorf entbrannten Wettbewerbe dürfte nunmehr die Stadt Rixdorf unzweifelhaft als Siegerin hervorgehen. Das Tauschobjekt, welches Rixdorf der Gemeinde Tempelhof für die Hasenheide bietet, sind die Kotzenmarken. Es ist dies ein etwa 300 Morgen großes Terrain, welches, über eine halbe Stunde von der Rixdorf-Tempelhofer Weichbildgrenze entfernt gelegen, sich rechts vom Mariendorfer Weg bis zum Tempelhofer Weg hinzieht. Dieses Terrain steht in gar keinem Zusammenhange mit Rixdorfer Gebiet, liegt vielmehr vollständig inmitten der Tempelhofer Gemarkung und bildet hier eine Enclave. Da die Hasenheide ebenso wenig im Zusammenhange mit Tempelhof, wohl aber mit Rixdorf steht, so wäre der Tausch für beide Gemeinden von offensichtlichem Vorteil. Die Kotzenmarken waren übrigens ursprünglich Tempelhofer Eigentum. Das Land gehörte anfänglich zum Dominium Tempelhof und wurde von diesem vor langen Jahren Rixdorfer Kossäthen in Erbpacht gegeben und gelangte im Laufe der Zeit in den Besitz Rixdorfs. Auch aus diesem Grunde hat die Gemeinde Tempelhof ein Interesse daran, ihr unreigenstes Gebiet sich nun wieder einzuverleiben. Der in den Kotzenmarken angelegte Neue Rixdorfer Gemeindefriedhof soll indessen von dieser Eingemeindung ausgeschlossen bleiben.

Aus Rixdorf. Eine schreckliche Ueberraschung wurde dem Lithographen Emil Heine, Reuterstr. 25, gestern (Freitag) morgen zu teil. Frau H. leidet seit einiger Zeit an Nervosität, infolgedessen sie bereits kürzlich einen Selbstmordversuch unternahm, der indes noch rechtzeitig verhindert werden konnte. Als H. gestern morgen aufstand, war das Bett seiner Frau leer. Als er dieselbe nun suchte, fand er sie an der Küchenthür erhängt. Da die Leichenstarre bereits eingetreten war, waren Wiederbelebungsversuche fruchtlos.

Die socialdemokratischen Gastwirte Rixdorfs beabsichtigen einen Gastwirtsverein zu gründen, nachdem der hier bestehende Fachverein durch verschiedene Beschlüsse sich in die Reihe der Kriegervereine gestellt hat. Eine Besprechung über Gründung des neuen Vereins findet nächsten Montagnachmittag 5 Uhr bei Münzer, Kniesebeckstr. 113, statt.

Gesundheitschädliches Trinkwasser liefern gegen 250 Hofbrunnen nach der vorgenommenen chemischen Untersuchung von Wasserproben aus sämtlichen im Gemeindebezirk Britz belegenen Pumpbrunnen. Das Wasser ist nach dem Gutachten des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg als stark verunreinigt anzusehen und daher gemäß den Anordnungen der Hygiene als in hohem Grade gesundheitsgefährlich zu erachten. Angesichts dieser Thatsache hat Befremden und Beunruhigung unter der Britzer Bevölkerung eine Verfügung des Amtsvorstehers Regling an die Besitzer der verseuchten Brunnen hervorgerufen, in welcher derselbe das vorstehende Ergebnis der Wasseruntersuchung mitteilt und gleichzeitig erklärt, daß er mit Rücksicht auf die baldige (d. h. in etwa zwei Jahren in Aussicht stehende) Einführung der Kanalisation in Britz und der damit verbundenen Trinkwasserversorgung mittels einer Wasserleitung vorläufig von einer gänzlichen Schließung der Brunnen absehen will, sofern die Brunnenanlage gemäß der bestehenden bezüglichen Ortspolizeiverordnung, welche vorschreibt, daß die Umgebung des Brunnens in einem Kreise von mindestens 6 Meter Durchmesser möglichst undurchlässig oder mit gutem Gefälle abzupflastern ist, reguliert wird. Man sagt sich — und wohl mit Recht! — daß lediglich dadurch das gesundheitsschädliche Wasser nicht gut wird, und daß, wenn die gefährlichen Brunnen ruhig weiter benutzt werden dürfen, für Britz die schwersten Gefahren heraufbeschworen werden. Außerdem wird in der gedachten Verfügung des Amtsvorstehers von den betreffenden Haus- oder Grundbesitzern noch die Bezahlung der Kosten der amtlich veranlaßten Wasseruntersuchung in Höhe von 3,60 M. pro Brunnen verlangt!

Köpenick. Die Liste der stimmfähigen Bürger liegt vom 15. bis 30. Juli 1902 im Rathause, Zimmer Nr. 7, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. Stimmberechtigt ist ein jeder, welcher sein Bürgergeld — gleichviel in welcher Höhe — bezahlt hat. Da nun in diesem Jahre auch Neuwahlen zur Stadtvertretung stattzufinden haben, so ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Liste verzeichnet ist. — Für diejenigen, welche verhindert sind, selbst nachzusehen, haben sich folgende Parteigenossen bereit erklärt, die Liste einzusehen, wenn sie rechtzeitig davon benachrichtigt werden: Gastwirt Aug. Rochlitz, Müggelheimerstr. 2; Händler Karl Nieke, Kietz 1; Cigarrenhändler Franz Weber, Grünauerstr. 2; Gastwirt Albert Stippekohl, Schönelinderstr. 5; Händler Rudolf Gabriel, Müggelheimerstraße, sowie die Vorstandsmitglieder des Socialdemokratischen Wahlvereins.

Das alte Köpenicker Rathaus wird demnächst vom Erdboden verschwinden, um einem großen, der Zeit entsprechenden neuen Gebäude Platz zu machen. Das Köpenicker Rathaus ist eines der ältesten in der Umgebung Berlins. Es wurde im Jahre 1702 erbaut und hat im wesentlichen seine alten Formen behalten. Ein Ausbau des Gebäudes ist nicht möglich, die Geschäfte der Stadtverwaltung haben so zugenommen, daß ein großer Neubau vorgenommen und das alte Gebäude niedergerissen werden muß.

Gerichts-Zeitung.

Ein Schmähbrief an den Abgeordneten Bebel vor Gericht.

Leipzig, den 24. Juli 1902.

Ein interessanter politischer Prozeß fand heute vor dem Schöffengericht des hiesigen königlichen Amtsgerichts statt. Am 6. Dezember 1901 erhielt der Reichstagsabgeordnete August Bebel nach seinem Wohnort Schöneberg bei Berlin eine offene Postkarte folgenden Inhalts:

Leipzig, den 6. Dezember 1901.

Herr Bebel! Eine Frage im Vertrauen: Wie viel haben Sie denn für Ihre heißblütige Vertretung der Interessen der Börsenjuden — siehe gestrige Rede zum Zolltarif — bekommen? Denn ein vernünftiger Mensch kann unmöglich aus eigner Ueberzeugung solchen Blödsinn reden, wie Sie es gethan. Bebel August ist nicht mehr der alte, der für eine gute Sache eintrat. Jetzt arbeitet er nur noch für „unsre Leit an der Börse"; bringt allerdings viel ein! Sie können aber ohne Sorge sein, Sie werden selbst vom einfachsten Manne nicht mehr ernst genommen. Polterhafter Schwätzer — nichts weiter. Schauspieler!

O. Müller, Oberlehrer.

Darauf antwortete Bebel in offener Erklärung:

Schöneberg-Berlin, den 7. Dezember 1901.

Als Antwort auf den Inhalt Ihrer Karte folgendes:

Sie sind ein gemeiner Bursche. Wenn Ihre vorgesetzte Behörde Sie in Rücksicht auf Ihre Flegelhaftigkeit mit Schimpf und Schande von Ihrem Posten jagte, so würde sie sich ein Verdienst um die Ihnen anvertraute Jugend erwerben. A. Bebel.

An demselben Tage, an dem Bebel die Postkarte erhielt, kam an die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" folgender Brief:

An die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung", hier.

Ein in unsrem Gasthause verkehrender Herr — er machte den Eindruck eines Lehrers — ließ eine Postkarte auf dem Tische liegen, die ich las und Ihnen zu geeigneter Verwendung bekannt gebe:

(Folgt Abschrift der obigen Karte.)

Dann heißt es weiter:

Ich habe die Postkarte einstweilen zurückbehalten, werde sie aber doch, falls der Herr nicht wieder danach fragen sollte, zur Post geben, da sie frankiert ist.

Die „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichte das Faksimile der an Bebel gerichteten Postkarte. Darauf meldeten sich eine Anzahl Leute mit der Behauptung, der Schreiber der Postkarte sei nicht O. Müller, sondern der Sekretär der hiesigen städtischen Wahlgeschäftsstelle, Ratssekretär F. Golla in Leipzig-Volkmarsdorf.

Am 19. Dezember erhielt die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" eine Postkarte aus Halle a. S. folgenden Inhalts:

Der dem reichen Villenbesitzer Bebel infolge seines lächerlichen Jammerns über den in seinem Kopfe spukenden Brotwucher versetzte Hieb scheint gesessen zu haben. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr von Ihnen verdummen.

Halle a. S., 19. Dezember 1901.

Ergebenst O. Müller, Oberlehrer.

An diese Postkarte knüpfte die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" die Bemerkung, daß der Herr Oberlehrer O. Müller nicht in Halle, sondern in Leipzig-Volkmarsdorf, Wilhelmstr. 26, II, wohne, auch heiße er nicht O. Müller, sondern F. Golla, und schließlich sei er kein Oberlehrer, sondern Sekretär der Wahlgeschäftsstelle des Leipziger Rates, Mühlgasse 10.

Die „Leipziger Volkszeitung" fügte dann noch hinzu:

„Apropos, Herr Ratssekretär Golla! Wir hatten ja schon früher einmal das Vergnügen, Ihre werte Bekanntschaft zu machen. Im Jahre 1896, anläßlich der Wahlrechts-Kenderung war es, als Sie nicht minder unverfroren wie jetzt in der königlichen „Leipziger Zeitung" ein offenes Briefchen veröffentlichten, worin die folgende niedliche Stelle vorkam:

„Wir, die wir in stetem Kampf mit den Socialdemokraten bei hunderterlei Gelegenheiten tagtäglich uns befinden, können der Regierung nicht dankbar genug sein, daß dem wachsenden socialdemokratischen Terrorismus, dem Uebermute dieser frechen Bande endlich einmal ein Paroli geboten wird."

Damals hatte der Ratssekretär Golla wenigstens noch den Mut, seine Ungezogenheiten unter Nennung seines Namens zu verbrechen, heute verübt er seine S..... aus dem Hinterhalte der Anonymität.

Es wird ja zunächst abzuwarten bleiben, was der Leipziger Rat zu der Privatliebhaberei seines Beamten sagen wird. Im Publikum dürfte Herr Golla schwerlich jemand finden, der ihn verteidigt oder entschuldigt; am allerwenigsten wohl in den Kreisen der Lehrer, gegen die er den Verdacht der Thäterschaft zu lenken bestrebt war.

Daraufhin schrieb Golla an die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" einen Brief, in dem er sich ganz energisch verwahrte, der Schreiber der Postkarte zu sein. Er gebe zu, daß die Handschrift auf der Postkarte mit der seinigen Aehnlichkeit habe. Er nehme an, daß jemand seine Handschrift nachgeahmt habe, um ihm Verlegenheiten zu bereiten. Jedenfalls habe er die Postkarte nicht geschrieben.

Aus Anlaß dieser Preßfehde strengte Golla gegen den verantwortlichen Redacteur der „Leipziger Volkszeitung", Genossen Seger, die Privat-Beleidigungsklage an. Der erste Termin verfiel der Vertagung. Heute stand nun zum zweitenmal vor dem Schöffengericht Termin an. Der Angeklagte Seger erklärte: Er habe die inkriminierte Nummer verantwortlich gezeichnet und die zur Anklage stehenden Artikel gebilligt. Es sei für ihn kein Zweifel, daß Golla der Schreiber beider Postkarten und auch des angeblich von einem Gastwirt aus Volkmarsdorf geschriebenen Briefes sei. Kläger Golla: Ich bezeichne diese Behauptung als eine freche Verleumdung. Vorsitzender: Das muß ich entschieden zurückweisen. Sie sind nicht berechtigt, eine Behauptung des Angeklagten eine freche Verleumdung zu nennen. Golla: Ich befinde mich in einer begreiflichen Erregung, ich bin aber bereit, den Ausdruck zurückzunehmen.

Nachdem die inkriminierten Schriftstücke verlesen waren, begutachtet der gerichtliche Schreibsachverständige Redacteur Henze-Leipzig unter eingehender Darlegung: Es sei für ihn kein Zweifel, daß die zwei Postkarten, der Brief aus Volkmarsdorf und die ihm übergebenen authentischen Briefe des Privatklägers von ein und derselben Hand geschrieben seien. Eine Nachahmung durch einen Dritten halte er, angesichts der charakteristischen Schriftzüge für ausgeschlossen.

Universitäts-Professor Dr. med. Kockel-Leipzig schließt sich diesem Gutachten vollständig an. Sowohl die einzelnen Schriftzeichen die Lage der Schrift, die Federhaltung 2c. sprechen für die Identität der ihm übergebenen Schriftstücke. Es seien wohl einige Abweichungen vorhanden, diese seien aber so gering, daß sie gegen die vielen Uebereinstimmungen nicht ins Gewicht fallen. Er habe auch die Tinte chemisch untersucht und festgestellt, daß die zwei Postkarten, der Brief aus Volkmarsdorf und der Brief des Privatklägers vom 26. Dezember 1901 mit ein und derselben Tinte geschrieben seien. Auch er halte eine Nachahmung der Handschrift für ausgeschlossen. — Kläger Golla: Mit so großem Scharfsinn der Herr Professor sein Gutachten auch hier erstattet hat, so hat er sich dennoch geirrt, denn ich habe weder die Karten, noch den Volkmarsdorfer Brief geschrieben.

Der Vorsitzende verliest danach die Aussage des vom Amtsgericht Berlin I kommissarisch vernommenen gerichtlichen Schreibsachverständigen, Rechnungsrats Junge-Berlin. Danach hat dieser, auch betreffs der Identität der Tinte, sich fast vollständig übereinstimmend mit Professor Dr. Kockel geäußert und zum Schlusse bemerkt: Er habe die Ueberzeugung, daß die ihm vorgelegen Schriftstücke von ein und derselben Hand geschrieben seien. Dies sein Gutachten könne er nur ändern, wenn ihm der Nachweis erbracht werde, daß noch ein andrer Mensch dieselbe Handschrift habe, er halte das aber für ausgeschlossen.

Rechtsanwalt Dr. Hillig (der Rechtsbeistand Gollas): Wenn den Herren Sachverständigen die Handschrift des Oberlehrers O. Müller in Halle vorgelegt werden würde und diese der des Privatklägers sehr ähnelte, würden dieselben auch dann noch an ihrem Gutachten festhalten? — Die Sachverständigen erklären, daß sie sich, ehe ihnen die Handschrift des Oberlehrers O. Müller vorgelegt worden sei, nicht äußern können.

Rechtsanwalt Dr. Hillig: Ich behaupte also, daß Oberlehrer O. Müller in Halle existiert und dieser auch die Postkarte aus Halle geschrieben hat. Ich beantrage daher, den Prozeß zu vertagen und mir 14 Tage Zeit zu geben. Ich werde den Oberlehrer O. Müller in Halle ausfindig machen, dem Gericht seine Adresse mitteilen und beantragen, denselben zum nächsten Termin als Zeugen vorzuladen und ihm aufzugeben, eine Schriftprobe von seiner Hand mitzubringen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Ren, widerspricht dem Antrage, da derselbe eine Verschleppung bezwecke. — Der Gerichtshof beschließt jedoch nach längerer Beratung die Vertagung. Der Vorsitzende bemerkt: Wenn die Behauptung des Vertreters des Privatklägers sich nicht bewahrheite, dann sei das die letzte Frist, eine nochmalige Vertagung würde er ablehnen.

Ratsassessor Dr. Neumann wohnte im Auftrage des Rats der Stadt Leipzig der Verhandlung bei.

Versammlungen.

Die Kupferschmiede hielten am 19. Juli im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 2. Quartal. Nach demselben hatte die Centralkasse inklusive eines Zuschusses von 800 M. aus der Hauptkasse eine Einnahme von 3351,29 M. und eine Ausgabe von 2899,96 M., so daß 451,53 M. in der Centralkasse verblieben. Unter den Ausgaben sind besonders hervorzuheben 503,27 M. für Reise-Unterstützung, 1877,95 M. für Arbeitslose am Ort, 154,25 M. außerordentliche, 137,30 M. Streikunterstützung. Die Zahl der Mitglieder betrug 389. Die Filialkasse hatte inklusive eines Bestandes von 336,99 M. eine Einnahme von 976,90 M., eine Ausgabe von 668,07 M. Bestand 308,83 M. Die Filiale zahlte an 123 zugereiste arbeitslose Kollegen für Schlafmarken 67,63 M. Der Dispositionsfonds hatte inklusive eines Bestandes von 2582,67 M. eine Einnahme von 3080,55 M. und eine Ausgabe von 254,80 M., bleibt ein Bestand von 2825,75 M. Verausgabt wurden unter andrem 50 M. für die streikenden Kollegen in Triest, 73,50 M. als Zuschuß für Streikende und Ausgesperrte am Ort, 54 M. an arbeitslose Kollegen am 1. Mai. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Der Arbeitsnachweis wurde wieder nach dem Gewerkschaftshause, Zimmer 36 verlegt.

Der Verband der Graveure und Ciseleure (Filiale Berlin) hielt seine ordentliche Generalversammlung am 15. Juli ab. Der Vorstand erstattete den Bericht vom letzten Quartal, in welcher Zeit verschiedene Neuerungen eingeführt worden sind, die sich bis jetzt gut bewährt haben. Es haben vier Versammlungen stattgefunden, die durchschnittlich von je 100 Kollegen besucht waren. Werkstattsitzungen sind acht abgehalten worden. Laut Abrechnung des Kassierers hatte die Filiale Einnahmen von 367,70 M. und Ausgaben von 337,92 M., mithin einen Bestand von 29,78 zu verzeichnen; die Orts-Zuschußkasse weist einen Bestand von 125,80 M. auf. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Alsdann folgte der Bericht der Agitationskommission, über den sich eine rege Debatte entspann. Nachdem noch die Bibliothekare ihren Bericht gegeben, wurden beide Kommissionen entlastet.

Der Centralverband der Töpfer (Filiale Berlin) hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshause eine ordentliche Generalversammlung ab. Kassierer John gab zunächst den Kassenbericht vom zweiten Quartal. An Einnahme war vorhanden inklusive des Bestandes der Verbandskasse 18 017,75 M., verausgabt sind 2378,87 M. An die Hauptkasse wurden abgeführt 10 400 M. In der Lokalkasse betrug die Einnahme 3587,35 M. und die Ausgabe 140,45 M. Die Filiale verfügt über einen Gesamtvermögensbestand von 18 088,58 M. und zählt 1894 Mitglieder. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt; gleichzeitig beschloß die Versammlung, das Gehalt desselben von 36 auf 42 M. pro Woche zu erhöhen und ihm eine 14tägige Ferienzeit zu bewilligen. — Hierauf hielt Genosse Wiesenthal einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. — Nach der kurzen Diskussion brachte der Vorsitzende Neumann dann verschiedene Beschwerden über Umgehung des Arbeitsnachweises zur Sprache. Eine Anzahl Firmen wie auch zahlreiche Kollegen waren den früheren Beschlüssen, bei jeder Stellenbesetzung den paritätischen Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen, entweder gar nicht oder doch nur ungenügend nachgekommen. Dieses Verhalten fand allseitig die entschiedenste Mißbilligung. Sämtliche Redner erklärten es für eine unerläßliche Pflicht der Kollegen, an dem zweckmäßigen Ausbau des Arbeitsnachweises mitzuarbeiten. Von einer sofortigen Ahndung der fraglichen Verstöße nahm die Versammlung zwar Abstand, doch wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Vorstand wird beauftragt, von jetzt ab über jede Firma die Sperre zu verhängen, die unter Mißachtung des Arbeitsnachweis-Statuts und des in der öffentlichen Versammlung vom 18. d. M. gefaßten Beschlusses unter Umgehung des Arbeitsnachweises Leute einstellt. Die Vertrauensleute sind verpflichtet, jeden Verstoß sofort zu melden.

Treptow-Baumschulenweg. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am 16. d. M. seine Generalversammlung ab. Unter anderm stand auf der Tagesordnung: Die nichtöffentlichen Gemeindevertreter-Sitzungen. Das schon des öfteren hervorgetretene Bestreben der Gemeindevertretung, wichtigere Angelegenheiten von allgemeinem öffentlichen Interesse in geheimer Sitzung zu verhandeln und zu beschließen, wurde allgemein auf das schärfste kritisiert. Von welchen Motiven die Gemeindevertreter sich beim Ausschluß der Oeffentlichkeit leiten lassen, konnte nicht klargestellt werden, da unsrerseits noch kein Vertreter in der Lage ist, die „vornehme Ruhe des Ortsparlaments" durch eine zweckentsprechende Kritik der Verhältnisse zu stören. In der letzten geheimen Sitzung wurde beschlossen, die neue Schule in unsrem Ortsteil noch weiteren Zwecken dienstbar zu machen und zwar durch Errichtung eines — Gefängnisses!! Es werden sich dann in trauter Eintracht und Harmonie: Schule — Kirche — und Gefängnis in einem Gebäude befinden! Von einem Protest wurde aus auf der Hand liegenden Gründen abgesehen. — Zur Generalversammlung des Central-Wahlvereins wurden die Genossen Gramenz und Fuchs delegiert; des weiteren wurde folgender Antrag angenommen: Die Generalversammlung des Central-Wahlvereins wolle aus finanziellen Gründen nur 1 Delegierten zum Parteitag entsenden. Wegen Beitragsreste mußten 16 Mitglieder gestrichen werden; 6 neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Für die Ostbahndörfer Kaulsdorf, Mahlsdorf und Dahlwitz fand zum erstenmal eine öffentliche Volksversammlung statt. Da den Arbeitern in den drei Dörfern nicht ein einziges Lokal zur Verfügung steht, so mußte die Versammlung im benachbarten Kiekemal, Waldrestaurant, abgehalten werden. — Weit über 200 Personen, meistens Landarbeiter, lauschten den Ausführungen des Referenten, Abg. E. Rosenow. Der Redner verstand es, den Zuhörern die Bestrebungen der Socialdemokratie klarzumachen, besonders unter Darlegung der ländlichen Arbeitsverhältnisse und der Einwirkung des neuen Zolltarifs auf diese. Allseitiger rauschender Beifall wurde dem Redner zu teil. Die kurze Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende Pinseler schloß nach einer Ansprache sowie der Aufforderung, dem Bezirks-Wahlverein beizutreten, die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie.

Die Generalversammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins in Spandau am Dienstag war leider nur sehr mäßig besucht. Der vom Genossen Hornig verlesene Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme für das II. Quartal d. J. von 650,98 M. (einschließlich 116,01 M. Ueberschuß von der Maifeier) und eine Ausgabe von 531,30 M. (einschließlich 300 M. Beitrag an die Kreiskasse) auf. Als Bestand verbleiben 113,68 M. Nach dem vom Vorsitzenden Grieben erstatteten Geschäftsbericht hat sich, infolge der unzähligen Entlassungen aus den Staatsbetrieben und wegen der überhaupt in der Metallindustrie herrschenden Arbeitslosigkeit, die Abonnentenzahl unsrer Parteipresse um etwas vermindert, so die „Brandenburger Zeitung" von 56 auf 42, „Vorwärts" von 209 auf 192 und „Laterne" von 1084 auf 1025 Abonnenten. Im Verlauf der sehr ausgedehnten Diskussion beantragte Scholz, eine feste Norm für die Unterstützung ausländischer Parteigenossen welche den Vereinsvorstand um Unterstützung angehen, festzusetzen. Rieger führt Beschwerde über die höchst laue Beteiligung von Vereinsmitgliedern an der Verbreitung von Flugblättern, und beantragt, die Bezirksführer zur Führung von Kontrollisten über die sich an den Partei-Arbeiten beteiligenden Genossen, zu beauftragen. Dieser Antrag wird angenommen, ebenso nach einiger Diskussion ein zweiter Antrag Rieger: Zur Hebung des Abonnentenstandes der Parteipresse eine planmäßige Agitation von Haus zu Haus zu unternehmen. Hierauf wird dem Kassierer Decharge erteilt. Ohne Diskussion findet der Entwurf des neuen Organisationsstatuts für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland die Zustimmung. Zu Delegierten für die Kreiskonferenz am 27. Juli werden die Genossen Böhle, Pieper und Scholz gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. Juli, vormittags 8¾ Uhr, in der Aula der 69. Gemeindeschule, Kl. Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10¾ Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Frl. Ida Altmann: „Der Neid der Götter". — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Bergung der Opfer der Schiffskatastrophe. Hamburg, 25. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages und heute sind noch eine Anzahl Leichen angetrieben und größtenteils rekognosciert worden. Der Taucher Beckedorf ist im Begriff, den Dampfer „Primus" höher auf den Strand zu heben, um ihn dann umzukippen, auf den Kiel zu stellen und thunlichst zu dichten. Es ist ungewiß, ob es möglich sein wird, das Schiff später wieder in Betrieb zu stellen, da es in seinem jetzigen Zustand für die Verhandlungen vor dem Seeamt und vor Gericht als Beweisstück dienen soll. Die eingeklemmt aufgefundene weibliche Leiche konnte der Taucher nicht losmachen; ebenso konnte der Taucher überhaupt nicht ins Schiffsinnere eindringen. Wenn das Schiff wieder umgekippt sein wird, dürfte es sich herausstellen, ob noch Leichen darin sind. Unter dem Sonnensegel werden noch verschiedene Leichen vermutet.

Ueber neue vulkanische Unruhen meldet uns der Draht aus Madrid: Bei dem Orte Pico im Europa-Gebirge zwischen den Provinzen Santander und Austrien hat sich ein Krater geöffnet, der riesige Rauchwolken ausspeit. Unter den Einwohnern herrscht eine Panik; sie befürchten vulkanische Ausbrüche. — Eine weitere Drahtmeldung aus Lissabon besagt: Eine von den Azoren-Inseln eingetroffene Depesche schildert einen furchtbaren Ausbruch eines unterseeischen Vulkans bei Horta. Große glühende Felsstücke wurden emporgeschleudert. Auch dort ist die Bevölkerung aufs äußerste beunruhigt.

Die Cholera hat sich über ganz Kairo verbreitet. Gestern sind 38 Cholerafälle amtlich festgestellt worden. Die Zunahme heute ist unbedeutend, doch ist die Zahl noch nicht amtlich bekannt gegeben. Die Gesamtzahl der Cholera-Erkrankungen in Mucha und Kairo seit dem 15. Juli beläuft sich auf 307 bei 227 Todesfällen. Zur Zeit sind 63 Fälle in Behandlung. Alle egyptischen Truppen in Kairo sind nach dem Lager in Abbassije verlegt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Alter A. v. 85. In der Buchhandlung Vorwärts. Zusammen etwa 200 Hefte, a Heft 60 Pfennige.

A. K. 71. Der Arbeiter-Stenographenverein „Stolze" tagt Freitagabend 8½ Uhr im Tanz-Institut Grupe, Annenstr. 16. Es giebt auch noch andre derartige Vereine.

O. S. In den 70er Jahren gab es Metallarbeiter-Organisationen, welche die Hirsch-Dunckersche Organisation dieses Berufes bekämpften. Ob dies gerade im Jahre 1879 der Fall war, können wir nicht feststellen. Der jetzt bestehende „Deutsche Metallarbeiter-Verband" ist nicht hervorgegangen aus einem gleichnamigen Verbande, der bereits im Jahre 1877 bestanden haben soll, er wurde vielmehr gegründet auf dem im Jahre 1891 zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Metallarbeiter-Kongreß.

W. F. 28, H. St. 17. Nein. — **E. T. 50.** Ja. — **H. Prenzlau.** Das zweckmäßigste ist, einen Vertrag mit Ihren Eltern über deren lebenslänglichen Unterhalt und über den Kauf des Grundstücks zu schließen. Diesen Vertrag schließen sie gerichtlich oder notariell ab. — **Dalldorf.** Sie können jede Auskunft ablehnen. Strafbar haben Sie sich nicht gemacht. — **K. T. 1880.** 1. Nach Ihrer Schilderung dürfte jetzt jeder weitere Schritt nutzlos sein. Sie hätten vor sechs Monaten anfragen oder die Sprechstunde besuchen sollen. 2. Die Zahlstelle ist uns nicht bekannt. Wir werden sie Ihnen demnächst mitteilen. — **F. 10.** Ratenzahlungen können für Geldstrafen bewilligt werden. In der Regel wird ein dahin gerichtetes Gesuch bei kleinen Strafen jedoch abgelehnt. Eine Beschwerde hätte kaum Erfolg. Nur für die Strafe, nicht für die Kosten ist Freiheitsstrafe substituiert. Zahlen Sie also sobald Sie können die 30 M. und bleiben die Kosten schuldig. — **Aug. Sz.** Der Wirt ist im Recht. — **Karpicski.** Die Interpretation der Stadt scheint richtig zu sein. Nach § 1 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 werden die „Wähler" in 3 Abteilungen geteilt. Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle der Steuer ein Betrag von 3 M. zum Ansatze zu bringen. Wer wahlberechtigt ist, bestimmt die Städteordnung in Verbindung mit §§ 76, 77 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891. Die Handhabung hier ist nach der eingegangenen Erkundigung dieselbe wie die seitens der dortigen Stadtverwaltung zur Anwendung gebrachte.

Witterungsübersicht vom 25. Juli 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	760	SSO	2	wolkig	17	Haparanda	761	NO	2	hlb. bed.	15
Hamburg	760	WSW	2	bedeckt	14	Petersburg	757	WNW	1	bedeckt	14
Berlin	760	Still	—	wolkenl	18	Cork	761	NW	1	wolkig	13
Frankf./M.	761	SW	2	hlb. bed.	16	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	764	SW	3	bedeckt	14	Paris	763	W	1	bedeckt	16
Wien	761	N	1	bedeckt	17						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. Juli 1902.
Etwas kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich, mit leichten Regenfällen und schwachen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 26. Juli.

Neues Opern-Theater (Kroll). Boccaccio. Anfang 7½ Uhr. Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyklus. (Die Zaubergeige. — Die Hanni weint — der Hansi lacht. — Apotheker und Friseur.) Anfang 8 Uhr.

Westen. Volkstümliche Opern-Vorstellung zu halben Preisen: Undine. Anfang 7½ Uhr.

Metropol. (Morwitz-Oper.) Fidelio. Anfang 8 Uhr.

Neues. Ledige Leute. Anfang 8 Uhr.

Carl Weiß. Der Dämon. Hierauf: Sie. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Zerrissene. Anfang 7½ Uhr.

Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr. **Morwitz-Oper.** Klassisch pop. Opern-Vorstellung bei halben Preisen:
Fidelio.
Sonntag: Franceschina Prevosti: **Carmen.** Montag: **Die verkaufte Braut.** Kom. Oper in 3 Akten von Smetana. Nationaltänze von 16 Tänzerinnen.

Fröbels
Allerlei-Theater
früher Fuhlmann
Schönhauser Alles No. 148.
Heute Sonnabend:
Verein d. Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.
Konzert. Specialitäten. Theater-Vorstellung.
Gr. Sommernachts-Ball.
Italienische Nacht.
Großer Fackelzug 2c.
Anfang 4½ Uhr. Ende ? ? ?

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7–9.
Täglich:
Tausend und eine Nacht.
Phantastisches Märchen in 3 Abteilg. von Hugo Schulz.
Ballettgas. Catrini. Kostüm-Soubrette Paula Grignatti. Grotesque-Komiker Senor u. Berad. Miss Kitty, Sport-Akt. Barsikow-Truppe, Parterre-Akrobaten. Mr. Bartling, lebd. Photographien. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) Konzert. Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf., numerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.

Zoologischer Garten
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M. v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!
Die Nordlandreise des Kaisers und Wanderungen durch London.
Riesen-Projektionsbilder mit erläuterndem Vortrag.

Passage-Theater.
Das glänzende Juli-Programm.
Willy Prager.
(Prolongiert!)
16 neue erstkl. Nummern
Passage-Panopticum.
Moles Pariser Marionetten-Theater.
Das Affenweib.
Seejungfer. Tigerknabe.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Dämon.
Hierauf: „Sie". Nachtscene in 1 Akt von G. Schätzler-Perasini.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Viper. Im Garten: Sommernachtsfest. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Um 8 Uhr: Die grandiosen Specialitäten.
Um 9 Uhr:
Lysistrata
Am 1. August Wiederauftreten von Robert Steidl.
Kassenöffnung 7 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11–1½ Uhr
(Meysel, Pietro, Britton, Max Stedtl, Krone, Böhme, Bockmann, Plättner 2c.)

Schweizer Garten
Am Königsthor 4202L*
Am Friedrichshain
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz.
Jeden Abend 10 Uhr:
Leute von heute.
Große Posse mit Gesang und Tanz

Sommertheater
Marienbad
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich:
Das erstklassige Specialitäten- und Theater-Programm. Größter Erfolg! Punkt 10 Uhr: Schlager!
Berlin wie's lebt und liebt
Entree 20 Pf.
Sonntags: Ball.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Gediegene Gesellschaft.
Nur keine Männer!
Burleske mit Gesang und Tanz von Gericke.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Täglich: Das großartige neue Programm.
Willy Agoston.
Berlin auf Stelzen.
Außerdem: Konzert, Theater, Specialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Kaffeeküche. Im Saale: Ball.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: Tanzkränzchen.
Tanz frei!
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pfg.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13–15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: Elite-Tag.

Englischer Garten.
27 c. Alexanderstraße 27 c.
Jeden Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend: 4605*
Ball! Entree und Tanz frei!

Waldschlößchen
Rahnsdorfer Mühle
8 Minuten vom Bahnhof Rahnsdorf und 10 Minuten vom Müggelsee.
Herrlich im Walde und am Fliess gelegen. Für Vereine, Fabriken sowie Familien besonders empfohlen. Tanzsaal u. Hallen, 1000 Personen fassend. 3 elegante Kegelbahnen an Vereine zu vergeben. Jeden Mittwoch: Kinderfest. Jeden Sonntag und Freitag: Tanz.
Am 2. August: Großes Volks-Erntefest. Karl Muhm.

Franz Ungerberg
früher
Treptow, Alte Kutscherschenke
empfiehlt allen Freunden und Bekannten sein neu renoviertes Restaurant „Marienthal", Baumschulenweg, Baumschulenstr. 64, Ecke Cantner Chaussee. Schattiger Garten, zwei Kegelbahnen, Familien können Kaffee kochen; dis-a-dis Wald. 4302L*

Treptow.
Köpnicker Landstr. 27,
empfiehlt sein Lokal nebst kleinem Saal, 250–300 Personen fassend, sowie großem schattigen Garten zu jeder Art von Festlichkeiten.
Einige Sonnabende für Sommerfeste 2c. sind noch zu vergeben.
Glas Bier 3/10 Liter 10 Pf. fl. Weißbier.
432L* R. Hohlwein.

Strand-Restaurant am Müggelsee
zwisch. Müggelschloß u. Aussichtsturm.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebenräume. Belustigungen aller Art. Coulante Preise.
4511L* M. Degebrodt,
„Strandschloß", Köpenick.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Strelitzerstr. 1.
Allen Parteigenossen, Freunden sowie meiner werten Nachbarschaft hiermit zur Kenntnis, daß ich mein
Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal
von Palisadenstr. 9 nach der Zorndorferstraße 8 verlegt habe. Vereinszimmer bis 60 Personen. 844b*
Achtungsvoll **Otto Franke.**

A. Stippekohls Restaurant
Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
Arbeiter-Verkehrslokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Teschings, Luftgewehre, Luftpistolen, Revolver, Pistolen für Kugel-Schrot von M. 1,50 an, Solinger Messer und Scheeren aller Art empfiehlt billigst
Aug. Nicolai, Berlin C., Königstraße 39, an der Klosterstraße.
Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Proz. Rabatt.

Die schönsten Herren-
Anzüge. Herrengarderobe in neu. sowie speciell 4274L*
Monatsgarderobe
von Kavalieren zurückgelegte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu staunend billigen Preisen stets zu haben.
J. Wand, Prinzenstr. 17,
Ecke Wasserthorstraße.

Orts-Krankenkasse
für das
Bierbrauergewerbe
zu Berlin.
VI. Abänderung
zum Statut der Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin vom 24. Januar 1894.
Artikel I.
§ 30 lautet: Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:
für die erste Klasse 0,90 M.
„ „ zweite „ 0,69 „
„ „ dritte „ 0,60 „
„ „ vierte „ 0,42 „
„ „ fünfte „ 0,30 „
Artikel II.
Vorstehende Abänderungen treten mit dem ersten Montag nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 22. April 1902.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für das Bierbrauergewerbe zu Berlin.
Otto Wolff, Vorsitzender.
Genehmigt durch Beschluß vom 1. Juli 1902. 274/8
Berlin, den 3. Juli 1902.
Der Bezirksausschuss, Abteilung II.
Kayser.
II C. 55/2. 02.
Die erhöhten Beiträge werden vom 4. August 1902 ab erhoben.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. verf. die 10 Pfunddose zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Prämiiert mit goldener Medaille.

„Pferdebucht", Restaurant b. Köpenick.
Empfehle mein allbekanntes, in herrlichem Laubwalde gelegenes Lokal den geehrten Gesellschaften und Vereinen zu Ausflügen und Landpartien.
Sommerwohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze. 5000 Sitzplätze. Ausspannung für 80 Pferde.
Gute und berühmte Küche. — Es ladet zum Besuch freundlichst ein
4036L* Wilhelm Brüsewitz, Besitzer.

Brodts Gesellschafts-Haus
Erkner am Dämeritz-See
3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich den Genossen bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer, den geehrten Familien, Vereinen und Fabriken zu angenehmem Aufenthalt. Zwei große schattige Gärten, zwei geräumige Hallen, großer neuer Saal, eine Kegelbahn, eigne Dampfer-Anlegestelle. Kaffeeküche.

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „ 0,75 „
Größtes Lager in Strohhüten
von den einfachsten bis zu den feinsten Genres
Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Mützen. Krawatten. (4504L*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Am Montag, den 28. Juli, abends 8½ Uhr, bei Stramm, Ritterstraße 123:

Branchenversammlung der Bilderrahmenmacher.

Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig. 86/15

Die Kommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1–5. Telephon Amt 7 Nr. 353.

Sonnabend, den 26. Juli, abends 8½ Uhr:

Versammlung der Hobler, Bohrer, Fräser usw.

bei Dicke, Ackerstraße Nr. 123.

Am Montag, den 28. Juli, abends 8½ Uhr, bei Mercier, Steinmetzstraße 113:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Ingenieur **Grempe**-Schöneberg über: „Die Fortschritte in der Beleuchtungstechnik (mit Demonstration an einer Spiritus-Glühlichtlampe). 2. Verbandsangelegenheiten. 118/3

Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend, 8½ Uhr, Weißensee, Rölkestr. 20:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Rein.** 2. Diskussion. 3. Lokalfrage und Verschiedenes. 146/14

Montag, den 28. d. M., abends 8½ Uhr, Admiralstr. 18 c:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Meyner** über: „Die Gewerkschaftsbewegung in der Arbeiterbewegung". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 30. d. M., abends 8½ Uhr, Blumenstr. 38:

Vorstandssitzung.

Die Zahlstellenkassierer müssen vorher abrechnen.

Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

Heute, Sonnabend, den 26. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokal Melchiorstraße 15:

Versammlung

Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Bezahlung der Beiträge. Billetausgabe zum

Sommer-Fest

in der „Neuen Welt" am Montag, den 11. August

zum 199/2

Besten des Extra-Unterstützungs-Fonds.

Billet a 20 Pf. **Der Vorstand.**

Extra-Dampferfahrten

nach **Schmöckwitz,** dem herrlich gelegenen **Lokal Seddin-See**

jeden Sonntag 9 Uhr (hin 50 Pf.),

Montag u. Mittwoch 2 Uhr mit Musik (hin und zurück 50 Pf.). Während des Aufenthalts im Garten **großes Konzert** und in zwei Sälen **Ball.** Abfahrt zwischen Jannowitz- und Waisenbrücke (Dampferstation Kyffhäuser).

Das Lokal bietet einen herrlichen Aufenthalt. Zwei große Säle, Kegelbahnen usw. Für Vereine und Gesellschaften bestens zu empfehlen. Auch stelle ich die billigsten Dampfer. *

Gute Sommerwohnungen mit und ohne Pension. **A. Noack.**

Wo? ist ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und Kremser zu erreichen? Beim **alten Freund auf Pichelswerder.** – Für gute Küche usw. ist immer bestens gesorgt! [45122*

Musik: Elektrisch.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Zimmerer 10325

Paul Steinhauer

am 22. Juli nach langen Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag-nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle der St. Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg aus statt.

Wwe. Auguste Steinhauer.

Danksagung. 1031b

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsres guten Vaters, des Gastwirts **Ernst Kutzner,** sagen wir allen Freunden, Bekannten und seinen Kollegen unsren innigsten Dank.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler

u. andrer gewerblicher Arbeiter.

(E. H.-K. Nr. 3 Hamburg.)

(Oertliche Verwaltung Berlin F).

Montag, den 28. Juli 1902, abends 8½ Uhr,

bei **Bernau,** Schwedterstr. 23/24:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902.
2. Verschiedenes.

Regen Besuch erwartet

183/8 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler

u. andrer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. 3, Hamburg)

Oertliche Verwaltung Berlin B.

Montag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3, Quergeb. I:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902.
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

181/7 **Die Ortsverwaltung.**

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Specialarzt für 25/17*

Haut- und Harnleiden.

10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Cigarren- u. Cigaretten-Fabrik

Schillingstr. 7. Benno, Schillingstr. 7.

Engros u. Endetail

empfiehlt nur feinste Qualitäten.

43579* **H. Fyrst.**

Mühlenstrasse Nr. 8,

an der Warschauerstr., sind vom 1. Oktober ab billige Hofwohnungen von 2 Stuben 2c. zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 46932*

Hirschgarten

(Inhaber: **F. Elsholz.**)

Grand-Restaurant Aussichtsturm

10 Minuten vom Bahnhof Hirschgarten, 15 Minuten vom Bahnhof Friedrichshagen. Unstreitig schönstes Etablissement an der Oberspree. Großer schattiger Garten am Wasser gelegen. Herrlicher Waldweg. 4 verdeckte Kegelbahnen, 2 große Säle und Hallen mit Pianino. Dampferstation. Anlegestelle für Ruder- und Segelboote. Ausspannung für 40 Pferde. Reichhaltige Speisekarte. Diners und Soupers zu jeder Tageszeit. Kaffeeküche. Vorzügliche Speisen und Getränke zu civilen Preisen. Jeden Sonntag **Tanz.** Vereine können Sonntags ganz reserviert ihr Vergnügen abhalten. Poststation Friedrichshagen. Fernsprecher Amt Köpenick Nr. 124.

Seltenes Angebot.

Um für die eingehenden Herbst-Neuheiten Raum zu schaffen, haben wir die Reftbestände von letzter Saison in

Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läuferstoffen, Möbelstoffen und Plüschen

nur in bekannt vorzüglichen Qualitäten u. großartiger Auswahl

gegen Barzahlung bis 33⅓% herabgesetzt.

Teppichhaus Adler & Co.,

45712*

Königstr. 20–21, dicht am Rathaus.

Kufeke — regelt Verdauung — gutes Gedeihen. — Kindermehl

Jede Uhr

zu reparieren und **reinigen** kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **nur 1 Mk. 50 Pf.,** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager in **Uhren, Goldwaren, Ketten** zu erstaunlich billigen Preisen. **Dukaten-Trauring, 900 gest.,** 1½ Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echt Rathenower Brillen, Pincenez, Operngläser. 45068*

T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die **Lederhose Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Echtblaues Monteur-Jackett	1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose . .	1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . .	2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . .	2 M. 10
Manchester-Hose 8,50, 5,25, 4,25,	3 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 14.–	9.–
Weiße Friseur-Jacketts 3,50,	2 M. 75
Konditor-Jacken, 2reihig, 4,25,	3 M. –
Maler-Kittel . . . 3,–, 2,50,	2 M. –
Mechaniker-Kittel (braun) 3,–,	2 M. 40
Weiße Leder-Jacketts, 2reihig 7,50,	3 M. 75
Weiße Lederhosen . . . 4,50,	2 M. 75
Zwirnhosen, fest u. schön, 3,–	1 M. 75

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.

Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 19. Preisliste 1902 **wird** kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben. 44332*

— Versand von 20 M. an franco. —

Nachdruck verboten!

Noch nie so billig

somit jetzt Vorrat kaufen.

100 St. Senftenb. Briquetts 6 Zoll	0,50
100 „ Riesenkohle . . . . 7 „	0,60
ungepackte Preßkohlen, Centner .	0,65
1 Scheffel Nuß II Königshütte .	0,85
1 Hekt. kl. gemahlener Gascoaks	1,10

Zum Abholen borge 25 Handwagen. Ins Haus bei 3000 Stück à 1,25 M. mehr. **Josef Fischer,** Mitte Brombergerstraße 19. 4505*

Benötigen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln, Scheeren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Waagen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Cigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 3000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleichz. vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen, ein **Silberstahl-Rasiermesser No. 30,** wie Zeichnung, mit **5jähr. Garantie,** fein hohlgeschliffen, mit **Etuis,** fertig zum Gebrauch **30 Tage zur Probe,** zum Preise von **1,50** Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. **Also kein Risiko.** Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Waldparzellen, an Wiese und Wasser, verkauft Besitzer Pflaumbaum, Hermsdorf, Lindenstraße 15. 8196*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1177R*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. [1197R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Spottbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatoren, Repetieruhren Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. *

Bettfedern, Pfund von 45 Pf. an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger-Allee 37, I. 1206K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Verfallene Pfänder, goldene Uhren, Ringe und andere Goldsachen, Ketten jeder Art, sauber und schön, werden spottbillig verkauft. Altes Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Prinzenstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 1006b*

Trumeauspiegel, Plüschsofa, Vertiko, Stühle wegen zurückgegangener Verlobung billig zu verkaufen. Höfer, Admiralstraße 19, Hof IV. 9815

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, räumungshalber spottbillig. Köpenickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. *

Nähmaschinen, spottbillig. Pfandleihe Alexandrinenstraße 73. 30,8*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Stühle billig. Stuhllager Kottbuserstraße 4. 1043b*

Restauration am Bahnhof Schöneberg, Gothenstraße 4, verkäuflich. b*

Kolonialwaren-, Obst-, Gemüsegeschäft mit Rolle, lebhafte Gegend Berlins, verkauft **Wille,** Charlottenburg, Rosinenstraße 9. 1045b*

Vorort-Baustellen, 6 bis 8 Mark die Rute, dicht am Bahnhof, verkauft Joers, Zepernick-Bernau. 1040b

Herrenanzüge aus feinsten Stoffen, welche von der Saison zurückgeblieben, fertige nach Maß von 25,00 Mark an. S. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 22. 1222R*

Papageien, sprechende, 30 bis 100 Mark, Harzer Kanarienroller, Grundmann, Kommandantenstraße 52.

Hochwald. Zwei Baustellen à 84 Ruten, prachtvolle Lage, verkaufe wegen andauernder Krankheit spottbillig. Kranke, Zepernick-Bernau.

170 Quadratruten an gepflasterter Straße, Kolonie Baufelde, Ostbahnvorort Fredersdorf, sind direkt vom Besitzer unter sehr günstigen Bedingungen billig zu verkaufen. Hausverwaltung Brunnenstraße 161. *

Fahrräder. Saisonschlusses wegen unglaublich billig. Pfandleihhaus Seydelstraße zwanzig. 1065b

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, spottbillig. Pfandleihhaus Seydelstraße zwanzig. 1035b

Handtuch-Verleih-Institut liefert billig, gute Qualität, große Handtücher. Gebrüder Rosenthal, Spandauerstraße 47/48. Fernsprecher I 3614. Putzlappen Pfund 40 Pfennige.

Haarausfall, bewährtes Schutzmittel, Probeflasche 0,50. Winterfeldt, Chausseestraße 121. 1050b

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Ratserteilung. [9705*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Stegliherstraße 65. 8985*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1207R*

Lexica, Meyer, Brockhaus, liefere komplett. Teilzahlung monatlich 4,00. Buchhandlung „Welt", Postamt 50. [*

Gut erhaltenes Fahrrad zu kaufen gesucht. Adressen erbeten unter O. 3 an Expedition dieses Blattes.

Fahrradgesuch, Raylaff, Schönhauser Allee 163a. 119/8*

Bernaus Festsäle, Schwedterstr. 23, eine ganze Reihe von Sonnabenden sind noch zu Festlichkeiten an Vereine 2c. zu vergeben. 1218K*

Vereinszimmer. Uer, Alte Jakobstraße 119. 1188K*

Musik. August noch alle Sonnabende frei. Partien, Bälle. Schonert, Eichendorffstraße 22. 1045b

Rechtsbureau. Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratserteilung. Folt, Brunnenstraße vierzig. 1067b

Vermietungen.

Wohnungen.

Ostvorort-Wohnungen vermietet 1, 2, 3 Zimmer, Küche 150, 200, 250 Mark sofort oder später. Näheres Schramm, Große Frankfurterstraße 27.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für zwei Herren zum 1. Oktober, separat. Kühlhorn, Dresdenerstraße 19, am Oranienplatz, IV links. 1029b

Möbliertes Zimmer, separat, zwei Herren, Kommandantenstraße 51, vorn IV links. 1042b*

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten Forsterstraße 54, Hof III, Witwe Rosenthal.

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, billig, Köhler, Fürstenstraße 3 II. 1008b*

Möblierte Schlafstelle für zwei anständige Herren Böckhstraße 15, Aufgang I, Fr. Heinz. 1052b*

Freundliche Schlafstelle. Raiche, Elisabeth-Ufer 31. 1040b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Buchdrucker-Invalide, 35, schriftgewandt, guter Rechner, sucht Beschäftigung bei bescheidenen Ansprüchen. Walter, Fischerbrücke 12.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser. *

Stellenangebote.

Farbigmacher verlangt Kottbuser Damm 100. 1006b

Tüchtiger Korbmacher wird verlangt auf klein und groß geschlagen. E. Hegewald, Korbmachermeister, Friedrichshagen. 1036b

Tischlerlehrling verlangt Forsterstraße 54, II. 1037b

Laufbursche, 14 Jahre, sofort Blanke, Kastanien-Allee 54, Hof II.

Mamsells auf Jacketts verlangt Weise, Pücklerstraße 22. 1061b*

Mamsells auf Steppcapes im Hause verlangt Bock, Kastanien-Allee 50/51, IV. 1022b*

Mamsells auf Jacketts und Paletots verlangt Littauer, Weißenburgerstraße 56, II. 71/15

Arbeiterinnen, Paletots, verlangt Kohlmann, Kurstraße 40. 1039b

Wäschestopferin, nur geübte Maschinenstopferin, sucht Handtuch-Verleih-Institut Rosenthal, Spandauerstraße 47/48. Außer dem Hause.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

10 Einsetzer

sofort verlangt. 1030b

Holzindustrie Hermann Schütt, A.-G., SO., Michaelkirchstr. 17.

Goldleisten.

Maschinengrundierer, durchaus tüchtig, der sowohl mit der Maschine wie in der Zubereitung von Grund durchaus erfahren ist, findet bei hohem Lohn dauernde und gute Stellung per sofort.

47082* **Kölner**

Goldleisten-Gesellschaft, Köln, Ubierring No. 10.

Sofort gesucht.

Für den Expeditionsdienst eines Parteiblattes wird zu möglichst sofortigem Eintritt eine im Expeditionswesen und in der Buchhaltung geschulte Hilfskraft gesucht. Anerbieten mit Gehaltsansprüchen, Referenzen und Photographie erbeten unter **N. 3** an Exp. des „Vorwärts". 47012*

Ledertechniker,

welche im Schneiden und Modellieren, sowie Beizen versiert sind, werden für Wien gegen hohes Salair sofort aufgenommen. Solche, die schon selbständig waren, bevorzugt. Dauernde Stellung.

Bernhard Gussmann, Wien, VII, Kaiser-Strasse 101.

Chenille-Teppich-Weberinnen

gesucht. Offerten unt. „V. 3352 R." an Haasenstein u. Vogler A.-G., Hannover, erbeten. 101/19*

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Maschinenarbeiter und Polierer:

A. Schulz, Krautstr. 18/19.
Emmelutz, Dieffenbachstr. 33.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 45.
Kimbel u. Friedrichsen, Yorkstr. 59.
Ferdinand Wolf, Waldemarstr. 27 und Bethanien-Ufer 6.

83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Glasschleifer!

In der Werkstelle von **Arlt,** Dresdenerstr. 35, sind Differenzen ausgebrochen und ist deshalb die Firma streng zu meiden. Die Arbeitsvermittelung geschieht nur durch den Arbeitsnachweis. 1051b

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.